

RELATIVITÄTSÖKONOMIE

Funktionsweise der
Wirtschaft

Teil A

**Die kleine Geschichte
der großen Ökonomie**

INHALT TEIL A

1. EINE KLEINE GESCHICHTE DER GROSSEN ÖKONOMIE	3
A) Antike und die kanonische Auffassung	4
B) Die christliche Rechtfertigung des Kapitalismus.....	8
C) Der Merkantilismus	10
D) Der Utilitarismus.....	13
E) Die Physiokraten	18
F) Die Liberale Schule – die klassische Nationalökonomie	26
G) Das Manchestertum.....	34
H) Der Kommunismus	39
I) Das nationale System.....	44
J) Der Keynesianismus und die Neoklassik.....	45
K) Der Neoliberalismus / Monetarismus	48
L) Die subjektive Wertlehre	52
M) Die Soziale Marktwirtschaft.....	56
N) Die Verhaltensökonomik und weitere Denkansätze.....	58
Die Verhaltensökonomik (Behavioral Economics)	58
Die Spieltheorie	60
O) Weitere Denkansätze	62
2. RESÜMEE	69
3. ANHANG	72
Index	72

1. EINE KLEINE GESCHICHTE DER GROSSEN ÖKONOMIE

Nur wenige ökonomische Denker haben dem wirtschaftlichen Denken wichtige Impulse gegeben, die Weichen für unsere gesellschaftliche Entwicklung gestellt und ihr damit eine neue Richtung gegeben. Dieser Streifzug durch die Wirtschaftsgeschichte der vergangenen Jahrhunderte zeigt die interessantesten und weitreichendsten Denkansätze. Es geht hier nicht darum, Ansätze zu kommentieren, Ursachen und Erkenntniswege zu verifizieren oder Irrtümer aufzudecken. Diese Zwecke werden von anderen Büchern erfüllt, von denen einige im Literaturverzeichnis aufgeführt sind. Es geht auch nicht darum, alle ökonomischen Denker und ihre Theorien zu erfassen. Vielmehr geht es hier darum, die wesentlichen Wurzeln des ökonomischen Denkens und deren Veränderungen aufzuzeigen, um die Relativitätsökonomie einordnen zu können. Außerdem sollen Quellen offengelegt werden, um nicht in späteren Ausführungen durch endlose Kommentare auf die geistige Urheberschaft verweisen zu müssen.

Begriffe wie Profit, Profitrate oder Grundrente wurden mit Bedacht beibehalten, um dem denkbaren Vorwurf der Zensur entgegenzuwirken und möglichen Fehlinterpretationen vorzubeugen.

A) ANTIKE UND DIE KANONISCHE AUFFASSUNG

Ökonomische Sachverhalte wurden bereits von Hesiod, Xenophon und Platon dargelegt. Aber der Erste, der ein einheitliches „System der ökonomischen Ideen“ entwarf,¹ war Aristoteles (384–322 v. Chr.). Für ihn war das höchste Ziel allen menschlichen Handelns die Glückseligkeit (Eudämonie), die „der vollendeten Tugend gemäße Tätigkeit der Seele“. Er unterschied zwischen intellektuellen (Klugheit) und sittlichen Tugenden.² Das rechte Verhalten bestand für ihn im Maßhalten.

Aristoteles unterschied zwischen dem Gebrauch („oikonomiké“) und dem Erwerb („chrematistiké“) von materiellen Mitteln für ein gutes Leben. Der Erwerb materieller Mittel könne entweder naturgemäß oder naturwidrig sein. Naturgemäß sei ein Erwerb dann, wenn er entweder der Produktion oder dem Tausch zum Zwecke des Eigenbedarfs diene. Naturwidrig hingegen sei der Mittelerwerb, wenn er zum Selbstzweck degeneriere. Dieser Mittelerwerb ziele auf das Geld, das einzige Gut, von dem man gar nicht genug haben könne.³ Folglich lehnte er das Zinsnehmen ab, da hierbei mittels Geld weiteres Geld erworben werden solle, was dem Selbstzweck diene und demnach widernatürlich sei.

Das Geld habe drei Funktionen: die Tausch-, Wertaufbewahrungs- und Wertmaßstabsfunktion. Dabei trete der Eigenwert des Geldes in den Hintergrund, da seine Entstehung und Werthaltigkeit aus der Übereinkunft der Geldnutzer resultiere.⁴

Privateigentum sei zu bejahen, weil es

- das Eigeninteresse aktiviere,
- eine natürliche Freude am Besitz hervorrufe und
- die Ausübung bestimmter Tugenden (z. B. Freigiebigkeit) ermögliche.

Die Schuld an bestimmten Untugenden (wie Geiz und Habgier) sei nicht dem Eigentum selbst, sondern der Schlechtigkeit des Menschen zuzuschreiben.⁵

1 Gelesnoff, W. (1923): Die ökonomische Gedankenwelt des Aristoteles, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 50, S. 133.

2 Die eigentlichen Tugenden nach: Aristoteles (1985): Nikomachische Ethik, 1102a, Hamburg: Meiner.

3 Aristoteles (1981): Politik, Buch I, Kap. 8–9, Hamburg: Meiner.

4 Aristoteles (1985): Nikomachische Ethik, Buch V, Kap. 8, Hamburg: Meiner.

5 Aristoteles (1981): Politik, Buch II, Kap. 5, Hamburg: Meiner.

Im Hinblick auf den Markt forderte Aristoteles personenbezogene Elemente, um zu gerechten Tauschverhältnissen zu gelangen. Andernfalls könne die soziale Ordnung gefährdet werden. Um dies zu verhindern, sei beim Tausch das Prinzip der „Wiedervergeltung“ anzuwenden. Dabei müsse der Tausch freiwillig erfolgen und zugleich der Würdigkeit der beteiligten Personen Rechnung tragen.⁶ Das Spezifische des Ansatzes des Aristoteles war die Einbettung der Wirtschaft in das gesellschaftliche Dasein.

Nach dem Verfall des Römischen Reiches lag der Schwerpunkt des Wirtschaftens bis ins späte Mittelalter auf der Landwirtschaft und zum Teil auf dem Handel. Die Gesellschaften in Europa waren feudal beziehungsweise ständisch organisiert. Die Kirche gewann dominierenden Einfluss, indem sie durch ihre Bibliotheken das Wissens- und über die Kanzeln das Meinungsbildungsmonopol errang. Das ökonomische Denken war an dem Erreichen des Seelenheils ausgerichtet, dessen Weg die Kirche vorgab: ein möglichst tugendhaftes, gottgefälliges Leben im Rahmen einer gottgewollten Ordnung.

Nach kanonischem Recht musste ein gültiger Warenkauf folgende Bedingungen erfüllen:

1. Der Preis musste „gerecht“ sein. Dafür waren der Gebrauchswert eines Produktes sowie der Umfang der wirklich aufgewandten Arbeit für die Herstellung oder Veredelung, aber auch der Aufwand für Materialien, Transport etc. durch öffentliche Taxen bestimmend. Nach heutigen Begriffen richtete sich ein „gerechter“ Preis also einerseits nach dem, was an Mühen und Material durch den Produktionsprozess in das Gut einfluss und andererseits nach dessen Gebrauchswert.
2. Die Ware musste zur Begutachtung anwesend sein. Termin- und Lieferungsengeschäfte, wie wir sie heute kennen, waren demnach verboten.
3. Es musste bar bezahlt werden. Warenkredite waren also ausgeschlossen.

Neben dem Kauf mittels Geldes war der Naturaltausch häufig anzutreffen. Er basierte auf der Sittenlehre.

Werden Zinsen als Preis für Geld angesehen, so stellt sich auch hier die Frage nach der gerechten Höhe. Das kanonische Recht verbot das Zinsnehmen. Den Gedankengang, dem das Zinsverbot entsprang, formulierte der hl. Hieronymus (gest. 420) in seiner Erklärung zu Hesekiel, in der er u. a. ausführte: „Hast du einem reichen oder armen Manne geliehen? Einem Besizenden brauchst du überhaupt nichts zu leihen; wie kannst du also von einem

6 Aristoteles (1985): Nikomachische Ethik, Buch V, Kap. 5-8, Hamburg: Meiner.

Armen mehr fordern, gleich als hättest du es mit einem Reichen zu tun?“ Einem Almosen vergleichbar sollte das Verleihen sein, also eine Äußerung christlicher Nächstenliebe. Später versuchte der Philosoph und Theologe Thomas von Aquin (Tommaso d'Aquino) (1225–1274) eine Begründung gegen das Zinsnehmen zu finden: Zinsen würden nicht für den Kredit bezahlt, sondern für dessen Nutzung. Das aber bedeute: Sei das geliehene Geld ausgegeben, entfalle auch sein Nutzen. Für einen nichtexistierenden Nutzen aber könne kein Gegenwert in Form von Zinsen verlangt werden. Geschehe dies trotzdem, so handle man „wucherisch“.

Ein kurzer Blick auf das damalige Gemeinwesen erscheint interessant: Das Gemeinwesen war die mittelalterliche Stadt. Sie strebte nach Autarkie.⁷ Diese galt als umso vollkommener, je weniger ihre Bürger von Händlern und Kaufleuten (zwischenstädtischer Handel) abhängig waren. Güterherstellung und Handel erfolgten deswegen überwiegend lokal. Die Arbeitsteilung erfolgte durch Stände, die jeweils mit bestimmten Rechten und Pflichten ausgestattet waren. In diese und damit in die Stellung in der Gesellschaft wurde man hineingeboren. Sie war gottgewollt und unveränderlich.⁸ Vermögen und Vorrechte wurden in dieser Feudalgesellschaft vererbt. Das Schicksal der Bauern war das des Bodens. Sie waren unfrei, weil diese Bindung an den Boden nur durch Zustimmung ihrer Herren gelöst werden konnte. Frei waren die in den Städten wohnenden Handwerker, Händler und Ausübende offiziell anerkannter Berufe. Sie waren meist in Zünften organisiert, die von Vorstehern geleitet wurden, die ihrerseits dem Magistrat der Stadt unterstellt waren. Die Zünfte oder auch Genossenschaften der einzelnen Gewerke waren streng voneinander getrennt und hatten ausschließliche Privilegien für die Ausübung bestimmter Tätigkeiten. Dadurch war die mittelalterliche Wirtschaftsstruktur monopolistischer Natur (Wirtschaftsordnung). Die Preise orientierten sich wesentlich an der Machtposition dessen, der sie bestimmen konnte. Thomas von Aquin hielt Preise für gerecht, bei denen Leistung und Gegenleistung äquivalent sind (Äquivalenzprinzip). Preise waren angebotsorientiert und an den Entstehungskosten ausgerichtet: Hohe Kosten rechtfertigten hohe Preise.

In Zeiten der Eigenproduktion innerhalb geschlossener Hauswirtschaften waren nur bei Missernten, Krankheiten, Unglücksfällen oder in Zeiten von Kriegen Konsumkredite vonnöten. Sie wurden von kleinen, sogenannten

⁷ von Aquin, Thomas: *De regimine principum*, Zweites Buch, 3. Kap. (deutsch: a. a. O., S. 103).

⁸ von Aquin, Thomas: *Summa contra gentiles*, Drittes Buch, S. 134.

freien und halbfreien Bauern bei Großgrundbesitzern aufgenommen. Erst als durch die Kreuzzüge der Handel an Bedeutung gewann und mit ihm die Geldwirtschaft, kamen Darlehen zu Produktionszwecken hinzu.

Doch das kanonische Recht behielt bei risikofreien Darlehen zunächst Gültigkeit. Bei Geschäftsanlagen jedoch war später ein Anteil am Gewinn (Comenda) für den Darlehensgeber erlaubt. Auch die Kirche hatte diese Form des Zinses anerkannt. Obwohl das Wuchern⁹ verboten war, diente es doch manchem zu offenbar mühelosem Erwerb. Anders ist es nicht zu interpretieren, dass der Rheinische Städtebund sich veranlasst sah, am 29. Juni 1255 den Zins zu begrenzen (Jahresdarlehen auf $33 \frac{1}{3}$ %, kurzfristige Darlehen auf $43 \frac{1}{3}$ %). Viele andere Versuche zur Begrenzung der Zinshöhe folgten. Das Zinsnehmen hatte sich schließlich – trotz kirchlicher Verdammnis – etabliert. Es ging lediglich noch um seine Begrenzung. Auch Luthers Widerstand und Zwinglis (1448–1531) Ablehnung gegenüber dem Zinsnehmen, auch Hinrichtungen wegen Zinswuchers, änderten nichts an dieser, ursprünglich doch als verwerflich angesehenen Zinspraxis. 1553 erklärte eine Bayerische Landesordnung den Zins zwar noch für ungültig, aber nicht mehr für strafbar (!). Schon vorher bezeichnete der Ingolstädter katholische Professor Dr. Eck in einer Disputation (1551) zu Bologna einen Zinssatz von 4–5 % als christlich erlaubt. Der Reformator Johannes Calvin (1509–1564) schrieb an seinen Freund Oekolampadius eine Rechtfertigung für die Zinsnahme: Wenn man sich für Geld Boden kaufen könne, der Früchte bringe oder aber Bodenzins; wenn man sich ein Haus kaufen könne, um jährlich daraus Miete zu gewinnen, so müsse man auch für anderweitige Anlegung seines Geldes den Zins als rechtmäßig anerkennen.

⁹ Der Begriff Wucher (vom gotischen *vigan* [wägen]) drückte ursprünglich den Ertrag von Bäumen, später den von Menschenarbeit aus, und war ursprünglich ein Ausdruck für erlaubten, rechtmäßigen Gewinn. Im kanonischen Recht allerdings wurde damit Übermäßiges, Unerlaubtes, Sündhaftes verbunden; also etwas, das den gerechten Preis einer Ware überstieg.

B) DIE CHRISTLICHE RECHTFERTIGUNG DES KAPITALISMUS

Der katholischen Glaubenslehre des Mittelalters mangelte es an einer Berufs- und Wirtschaftsethik. Wie sollte sich ein gläubiger Mensch im Wirtschaftsleben verhalten? Wie ein Mönch, der den Tag im Gebet verbrachte? Der weltlichen Arbeit („Mühe“) gegenüber verhielt sich die katholische Kirche neutral. Sie erachtete Arbeit wohl als lebensnotwendig, fand für sie jedoch keinen moralischen Maßstab. Nur bezogen auf Gewinne setzte sie Grenzen: Sie dürften die Kosten für eine standesgemäße Lebensführung nicht übersteigen, es sei denn, sie würden dem allgemeinen Wohle zugeführt. Es sei demnach eine Todsünde und würde in die Hölle führen, wenn Gier und Schacher überhandnähmen. Ein Trachten nach übersteigertem Gewinn sei, wie das Anbeten eines Götzen, eine Sünde.

Eine Änderung erfuhr die Situation durch das Auftreten Martin Luthers (1483–1546). Mönche waren für ihn Egoisten, weil sie nichts zum Gemeinwohl beitrugen und sich folglich außerhalb der Gemeinde stellten. Ganz anders seien die Christen zu beurteilen, die eifrig ihre Pflichten erfüllten.

Man sollte sich in diesem Zusammenhang Folgendes vergegenwärtigen: In der katholischen Kirche des Mittelalters gab es einen wesentlichen Widerspruch. Einerseits galt die Freiheit des Willens, nach dem es dem Menschen freigestellt war, sich für das Gute oder das Böse zu entscheiden. Der Mensch konnte zwar ohne Gottes Gnade nicht die ewige Seligkeit erlangen, sie sich aber durch ein gottgefälliges Leben „verdienen“. Andererseits galt die calvinistische Behauptung der (doppelten) Prädestination, der Vorherbestimmung der Menschen zum ewigen Heil oder zur ewigen Verdammnis nach Gottes unerforschlichen Ratschluss, der seit Ewigkeiten festgelegt sei. Das heiße, wer Gottes Gnade finde und wer nicht, sei von dem einzelnen nicht mehr zu beeinflussen.

Der Widerspruch zwischen Willensfreiheit und Vorherbestimmung ist unauflösbar. Die Ungewissheit über das, was gilt, erdrückend. Man kann sich nur für die eine oder andere Richtung entscheiden. Der Schweizer Reformator Johannes Calvin (1509–1564) entschied sich für die Vorherbestimmung. Damit aber war die Frage nach der „Heilsgewissheit“ gestellt. Woher kann jemand wissen, ob er Auserwählter ist oder nicht? Calvin behauptete, dass

sich äußerlich kein Unterschied ausmachen lasse. Das entscheidende Kriterium für das Auserwähltsein könne aber die Beharrlichkeit sein, sich nicht vom Glauben abbringen zu lassen.

Seelsorger nach Calvin räumten schließlich ein, dass es doch äußere Zeichen für das Erwähltsein gebe: den beruflichen Erfolg. Calvinisten rechtfertigten dies so: Mühe und Anstrengungen seien Mittel, den Versuchungen des Alltags – des Fleisches – zu widerstehen (Müßiggang ist aller Laster Anfang). Das Leben sei ein einziges „Schauspiel zum Lobe des Herrn“, was bedeute, dass sich der Ruhm Gottes durch die Leistung des Menschen mehren lasse. Da Gott sich nur um die Erwählten kümmere, müsse die erfolgreiche Arbeit ein Zeichen für Auserwähltheit sein und gebe somit Heilsgewissheit. Das Bemühen, Heilsgewissheit zu erlangen und Gottes Ruhm zu mehren, kann danach sowohl eine Begründung als auch Rechtfertigung dafür sein, sein Leben dem beruflichen Erfolg unterzuordnen. Baxter¹⁰ erklärte in seinem Christlichen Leitfaden ausdrücklich: „Für Gott dürft ihr arbeiten, um reich zu sein.“

Nach Max Weber (1864–1920) ist Ökonomie ein System „zweckrationalen Handelns“. Im Bestreben, Heilsgewissheit zu erlangen, sah er die ethische Grundlage des erfolgsorientierten christlichen Berufsmenschen. Da den Katholiken geschäftliches Tun nicht dem Zweck persönlicher Bereicherung dienen dürfe, arbeiteten sie weniger als ihre protestantischen Glaubensbrüder.¹¹

10 Baxter, Michael (1834–1910), Herausgeber der Zeitschrift *The Christian Herald*

11 Weber, Max: *Die protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung*; hrsg. von Johannes Winckelmann; Gütersloher Taschenbücher Siebenstern, 1991.

C) DER MERKANTILISMUS

Das Zeitalter des Merkantilismus ging mit umwälzenden Erfindungen einher. Die Verbreitung des Schießpulvers revolutionierte die Kriegsführung. Die Feuerbüchse besiegte die bewaffneten Ritter. Wer die meisten Flinten und Kanonen ins Feld führen konnte, errang den Sieg und die Macht. Die Buchdruckerkunst (1445) hatte das geschriebene Wort breiteren Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht, sie revolutionierte die Bildung und veränderte die Wirtschaft. Der lange gesuchte Seeweg nach Ostindien wurde erschlossen (Columbus entdeckte 1492 Westindien, d. h. Amerika) und belebte den Handel in ungeahnter Weise. Infolge der Entdeckung Amerikas gelangten Gold- und Silberschätze von Peru und Mexiko nach Spanien. Die vereinigten Königreiche von Kastilien und Aragon beispielsweise vermehrten in der Zeit von 1472 bis 1485 ihr jährliches Einkommen um 600 %. Spanien errichtete mit seinen Kolonien ein Handelsmonopol. Doch der Reichtum brachte keineswegs nur Segen mit sich. Es kam infolge der importierten Schätze und wegen der Monopole zu erheblichen Preisverwerfungen. Speziell die Preissteigerungen der feinen Wolle der Merinoschafe wirkten sich aus. Der steuerpflichtige, verarmende Bauernstand sah sich genötigt, seinen steuerpflichtigen Boden an den Adel zu verkaufen. Dieser war hingegen von den Steuern befreit, so dass die Steuereinnahmen sanken, während sich der Adel riesige Latifundien zusammenkaufte – ganz Andalusien gehörte lediglich fünf (steuerbefreiten) Herzögen.

Die Großgrundbesitzer gründeten in Spanien 1556 eine Kooperation („la Mesta“), mit der sie insbesondere Vorrechte für ihre äußerst ertragreichen Schafherden erzwangen. Die Bauern durften ihren Grundbesitz nicht einfrieden und mussten den Schafherden freien Durchgang und Tränke gewähren. Die Schafe vernichteten Ernten, Weinreben und schließlich auch Wälder. Das Land verödete. „Die Schafe fraßen die Menschen.“¹² Der Bauernstand schwand. Der Staat, der im 16. Jahrhundert noch Getreide ausfuhrte, musste 1621 immerhin 364.000 hl einführen. Die 35 Mio. Dukaten Gewinn des Jahres 1595 aus den Kolonien reichten nicht aus, die Steuerfreiheit des Adelsstandes und die Verarmung des Bauernstandes aufzuwiegen.

¹² Dieser Ausspruch stammt von Thomas Morus (1478–1535), was den Schluss nahelegt, dass die Landflucht schon früh einsetzte, durch die mechanischen Webstühle aber in ungeheurem Maße verstärkt wurde.

Im Zeitalter des Merkantilismus, bei dem die Volkswirtschaften ein Produkt der Staatspolitik waren, bestand das volkswirtschaftliche Credo im Gewinn aus dem Außenhandel. Seine Höhe dokumentierte die wirtschaftliche Stärke. Diesem Ziel dienten die niedrigen Löhne als vermeintliche Vorbedingung erfolgreicher Ausfuhr; denn nur so könnten die Waren denkbar preisgünstig ausgeführt und dadurch hohe Handelsüberschüsse – das alles beherrschende Ziel – erreicht werden.

Wenn nun aber für den Lebensunterhalt viel gearbeitet werden müsse, weil die Löhne gering seien, so bleibe keine Zeit für Müßiggang. Man handele demnach im Interesse der Handwerker, Arbeiter und Bauern, wenn Arbeit billig sei. Hungerlöhne schützten die Arbeiter vor sündigem Müßiggang. Sparen erweise sich zudem bei Niedriglöhnen nicht nur als unmöglich, sondern auch als äußerst unerwünscht; denn Ersparnis sei doch nichts anderes als „für die Zukunft aufgespeicherte Faulheit“. Tiefstlöhne seien im Interesse der Arbeiter und Handwerker, die so am besten vor Faulheit geschützt würden.

Der Binnenmarkt erfuhr seinen wahren Sinn in der Stärkung des Exportes. Da Lebensmittel nur zum Eigenbedarf produziert und nicht exportiert wurden, blieb die Landwirtschaft vernachlässigt. Der Merkantilismus hatte in den einzelnen Ländern verschiedene Schwerpunkte: In Frankreich wurde der Schwerpunkt auf die staatlich gelenkte Entwicklung des Gewerbes (Colbertismus) gelegt, in England auf die Förderung der Nachfrage der einheimischen Wollindustrie sowie der Kolonialpolitik und zielte in Deutschland als Kameralismus auf die zahlenmäßige Vermehrung der Bevölkerung und die Sicherung der Staatsfinanzen. Alle verfolgten das höchste Ziel, Geldreichtum in Fürstenkassen anzuhäufen. Das geschah durch die planmäßige Förderung eigenständiger Produktivkräfte der Agrikultur, Textil- und Metallindustrie in großgewerblichen Betriebsformen, aber auch durch Steuern und Zölle, die ein wuchernder Beamtenapparat einzuziehen hatte.

Im merkantilistischen System hatte sich der Bürokratismus die Bürger untertan gemacht. 1798 wurden 20 % der Einnahmen aus der Akzise durch die Verwaltungskosten verschlungen. Auf der anderen Seite sahen es die Bürger allgemein als Akt berechtigter Notwehr an, sich den Zollvorschriften zu entziehen. Selbst die Kirche – gemeinhin im Pakt mit den Fürsten – wagte nicht mehr, ihre Autorität für die Befolgung der Zollvorschriften einzusetzen. Um das Rumoren der Bürger im Zaum zu halten. In der Weimarer Regierungs-

verordnung von 1736 war zu lesen: „Das vielfache Rasonieren der Untertanen wird hiermit bei halbjähriger Zuchthausstrafe verboten, ... und wir keine Räsoneure zu Untertanen haben wollen.“

Schon früh wurde viel Erfindergeist auf Steuern und Abgaben sowie deren Umgehung verwandt. „In Frankreich dient dem Staate der Adel mit seinem Blute, die Geistlichkeit mit ihrem Gebet und nur das Volk mit seinem Gelde“, so ein Bischof zum Kanzler Kardinal Richelieu. Neben der Taille¹³ wurden bald auch indirekte Steuern auf lebensnotwendige Güter erhoben. Alle Gewerbe mussten sich in Zünften organisieren, die Abgaben für Privilegien zu entrichten hatten. Außerdem haftete ein Zunftmitglied für das andere, wodurch sich der Staat die Steuereintreibung erleichterte. Zünfte konnten aber auch Privilegien käuflich erwerben oder sich von Beaufsichtigung und Steuern loskaufen. Das System führte dazu, dass sich 1758 die Schulden der Zünfte auf geschätzte 30 Millionen Livres bezifferten. Weiterhin waren fast alle wichtigen Staatsämter käuflich. Um den Verkaufspreis solcher Ämter in die Höhe zu setzen, wurden trotz Finanznot deren Gehälter erhöht. So hat Jean-Baptiste Colbert (1619–1683), Finanzminister Ludwigs XIV., während des holländischen Handelskrieges durch 2 Millionen Livres Gehaltszulage den Verkaufswert der Ämter um 28 Millionen steigern können, in diesem Umfang also Kapital „geschaffen“ (Steuerverpachtungssystem). Es wurden zwar so die Schatullen des Staates kurzfristig gefüllt, die langfristigen Verpflichtungen aus den Zahlungen der Gehälter durch den Staat aber blieben und steigerten sich noch. Und da sich die Ausgaben für die Käufer (Steuereintreiber) lohnen mussten, bezahlten die Steuerzahler doppelt – den Staat und seine Beamten. Als der französische Sonnenkönig Ludwig XIV. („Der Staat bin ich“) 1715 starb, hinterließ er 2.000 Millionen Livres Schulden – eine für damalige Verhältnisse unvorstellbar hohe Summe.

Die Prunksucht und Eskapaden der Fürstenhäuser führten trotz exzessiver Besteuerung durch einen wuchernden Beamtenapparat einerseits zu einer Überschuldung des Staates und andererseits zur steigenden Bereitschaft, gegen den Staat und seine Repräsentanten aufzubegehren. Statt das Vermögen des Staates (sprich des Herrscherhauses) im Auge zu haben, gelangte das Wohl des einzelnen zunehmend in den politischen und ökonomischen Fokus.

13 Taille: Eine im Frankreich Karls VII (seit 1439) jährlich zu zahlende Kopfsteuer, die von nicht privilegierten Ständen zu zahlen war.

D) DER UTILITARISMUS

Der Utilitarismus (das Nützlichkeitsystem) formulierte eine Moral- und Staatstheorie, welche an die Stelle des abstrakten Rechts ein von Humanität und Billigkeit getragenes Recht setzt. Mit dem Utilitarismus ging der grundlegende Begriff „Nutzen“ in die Ökonomie ein. Dabei ist „Nutzen“ die Fähigkeit eines Gutes, ein bestimmtes Bedürfnis befriedigen zu können.¹⁴ Aus ökonomischer Sicht ging es nicht mehr wie im Merkantilismus darum, den Reichtum des Staates zu mehren, sondern den allgemeinen Wohlstand seiner Bürger. Als Vordenker dieser „Lehre der Nützlichkeits“ kann Francis Hutcheson (1694–1746) angesehen werden. Da alle Menschen nach Glück streben, wie er meinte, gehe es um „das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl von Menschen“. Dies sei der anzustrebende Zustand. Dabei gehe es weniger um den Zweck, denn um die Wirkung des Tuns. Der Kauf eines Mantels etwa diene dem Zweck, den Käufer gegen Kälte zu schützen. Die gute Wirkung des Kaufes liege hingegen darin, dass Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten würden.

Schüler Hutchesons waren unter anderem David Hume und Adam Smith. John Stuart Mill, ein Zeitgenosse und Bekannter David Ricardos, rief später ebenfalls nach einer allgemeinen Wohlfahrtsgesellschaft.

Der Begründer des Utilitarismus ist Jeremy Bentham (1748–1832), der mit seinem Hauptwerk *Introduction to the Principles of Morals and Legislation* Einfluss auf das öffentliche Leben, insbesondere die Sozialpolitik und Juristerei, nahm. Er meinte, dass die Beurteilung, ob ein Gesetz gut oder schlecht ist, einzig an seinem Nutzen zu beurteilen sei. Von Nutzen ist nur, was die gesellschaftliche Wohlfahrt erhöht. Dabei sei der Nutzen der Gesellschaft die Summe aller individuellen Nutzen. Der Nutzen sei jeweils unabhängig von der Stellung des Individuums gleich zu gewichten. Jeder einzelne trachte danach, seinen Nutzen zu maximieren. Da jedes Individuum am besten weiß, was seinen Nutzen erhöhe, lehnte Bentham staatliche Eingriffe prinzipiell ab. Ausnahmen seien nur zugelassen, wenn zu verhindern sei, dass individuelle Aktivitäten des einen den Nutzen anderer beeinträchtigen.

¹⁴ Gabler: Wirtschaftslexikon, 15. Auflage 2001.

Er meinte auch, dass eine Umverteilung von Reich zu Arm den gesamtgesellschaftlichen Nutzen erhöhen müsste. Er erahnte damit bereits das Prinzip des abnehmenden Grenznutzens (s. subjektive Wertlehre, Hermann Heinrich Gossen).

Wie aber kann der Gesamtnutzen einer Volkswirtschaft maximiert werden? Nach Meinung von Alfred Marshall (1842–1924) zum Beispiel durch eine geeignete Kombination von Steuern und Subventionen. Würde nämlich ein Mehr an eingesetzten Mitteln (Faktoreinsatz) die Stückkosten mehr senken als der Mehraufwand an eingesetzten Mitteln kostet, so ergäben sich daraus Nutzenvorteile.¹⁵ Aus volkswirtschaftlicher Sicht würden in so einem Fall Subventionen, die zur Steigerung der Mengenproduktion eingesetzt würden, den Wohlstand mehren. Es könne auch den Fall geben, dass ein Mehr an Produktion ein überproportionales Mehr an Kosten verursacht. Würden nun die Produktsteuern gesteigert und deshalb die Produktion gesenkt, so könne es gegebenenfalls zu Stückkostenverringerungen kommen, die höher sind als die anteilig höheren Steuern.

Arthur Cecile Pigou (1877–1959) bezog seine Betrachtungen nicht – wie Marshall – auf Teilmärkte, sondern auf die gesamte Wirtschaft. Zur Steigerung des gesamten Wohlstandes sei das Volkseinkommen beziehungsweise das Nettosozialprodukt („national dividend“) zu erhöhen. Dies erfordere die Erfüllung zweier Bedingungen. Eine Einkommenszunahme werde bei geringerem Einkommen mehr Nutzen erzeugen als bei höherem Einkommen.¹⁶ Soll also der gesellschaftliche Wohlstand und damit der Nutzen der Gesellschaft insgesamt gesteigert werden, so müsse

1. das Volkseinkommen möglichst gleichmäßig erhöht werden.¹⁷ Bei gegebener Verteilung des Volkseinkommens sei des weiteren die Wohlfahrt der Volkswirtschaft dann maximiert, wenn auch das Volkseinkommen maximiert sei. Dies wiederum erfordere
2. eine Optimierung des Einsatzes der Produktionsfaktoren im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung. Das erfordere den Einsatz der einzelnen Produktionsfaktoren dort, wo sie den höchsten Ertrag erzeugten. Dabei seien nicht nur die Kosten und Erträge der

¹⁵ In eine wissenschaftlich richtige Formulierung gebracht: In einer Industrie mit überproportionalen Skalenerträgen lässt sich durch eine Subvention eine derartige Produktionsausweitung und Stückkostensenkung erzielen, dass der Zuwachs an Produzenten- oder Konsumentenrente größer als der Subventionsbetrag ist.

¹⁶ Vgl. Grenznutzen bei Gossen.

¹⁷ Pigou, A. C.: *The Economics of Welfare*, London 1920, Macmillan, S. 53.

Produzenten zu berücksichtigen, sondern auch jene Kosten und Erträge, die gegebenenfalls bei Dritten anfielen.¹⁸ Letzteres bedeute, dass etwaige gesundheitliche Schäden durch Industrieabgase in die Kostenrechnung einzubeziehen seien.

Pigou glaubte nicht, dass sich in einer freien Marktwirtschaft ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage automatisch einstelle. Er zeigte mehrere Beispiele auf, bei denen nach seiner Meinung der Markt versagte, infolgedessen die Wirtschaft die Wohlfahrt nicht zu steigern vermöge und deswegen der Staat helfend eingreifen solle. Im Gegensatz zu Adam Smith glaubte er nicht, dass das, was für ein Individuum nützlich sei, automatisch auch der Gesellschaft nütze.

Nach Alfredo Pareto (1848–1923) beweist sich der Nutzenwert eines Produktes dadurch, dass es gekauft wird. Die Höhe eines Nutzens sei aber nicht zu messen. Eine freie Marktwirtschaft, so seine Auffassung, dränge nicht nur automatisch zum Gleichgewicht, sondern mit ihr sei ein Optimum zu erreichen, bei dem das Bedürfnis der Menschen nach nützlichen Gütern und Diensten auf bestmögliche Weise befriedigt werde (Pareto-Optimum), d. h. dass keiner seinen Nutzen erhöhen kann, ohne den eines anderen zu senken. Die Bedingungen dafür seien:

1. Die vorhandenen Produktionsfaktoren müssten derart kombiniert sein, dass es nicht mehr möglich sei, die Produktion zu steigern, was dem Interesse jedes Unternehmers entspreche.
2. Die Waren müssten zum möglichst niedrigen Preis auf den Markt gelangen, wofür die Konkurrenz automatisch Sorge.

Pareto postulierte, dass sich der Nutzen des einen nur dadurch erhöhen könne, dass ein anderer an Nutzen einbüßt. Die allgemeine Wohlfahrt werde nur dann gesteigert, wenn es gelinge, für mindestens eine Person eine Nutzenerhöhung zu erreichen, ohne dass durch dieselbe Maßnahme der Nutzen einer anderen Person vermindert werde. Zur Verdeutlichung: Besäße ein Reicher neun Brote und neun Arme zusammen eines, so wäre der Wohlstand nicht gemehrt, wenn der Reiche den Armen ein Brot überließe, denn der Reiche würde eine Nutzeneinbuße hinnehmen müssen.

Im Unterschied dazu solle nach dem Rawlsschen Maximin-Kriterium der Nutzen des am schlechtesten gestellten Individuums maximiert werden¹⁹.

¹⁸ Ebenda, S. 129.

¹⁹ Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp (1971).

Ein Handel zwischen Haushalten (Haushaltstheorie) bzw. Unternehmen (Produktionstheorie) finde so lange statt, bis ein pareto-optimales Gleichgewicht hergestellt sei. Dieses lässt sich anhand der Edgeworth-Box darstellen.

Gemäß dem Kaldor-Hicks-Kriterium müssten die gesamten Wohlfahrtsgewinne so groß sein, dass auch nach der vollständigen Entschädigung etwaiger Umverteilungsverlierer mindestens ein marginaler positiver Nettogewinn übrigbleibt, also eine pareto-superiore Situation erreicht wird.

Vilfredo Pareto glaubte auch, dass es bei der Kombination von Produktionsfaktoren Substitutionsmöglichkeiten unter ihnen gebe. Er spezifizierte den Nutzenbegriff und meinte, es gebe zwei Interpretationsmöglichkeiten. Er erklärte dies etwa wie folgt: Opium zum Beispiel ist zwar für den Süchtigen schädlich, da es ihn körperlich auszehrt, aber im ökonomischen Sinn nützlich, da es ein Bedürfnis stillt.²⁰

Die Nutzentheorie unterstellt das Bestreben des Wirtschaftsakteurs, seinen Nutzen zu maximieren. Als Nutzen wird dabei die Vergrößerung des „Wertevorrats“ oder die Minderung des „Werteverlustes“ angesehen. Dem Nutzen stehen dabei meist die Kosten gegenüber. Gemäß der Nutzentheorie gilt es, den Nettonutzen (= Nutzen - Kosten) zu steigern. Die Nutzentheorie ist dabei die Grundlage für die Nachfragefunktion für Konsumgüter. Bei gegebenen Preis- und Einkommensverhältnissen ergäbe sich ein „Haushaltsoptimum“.

In der Kosten-Nutzen-Analyse werden die „zukünftigen, auf den gegenwärtigen Zeitpunkt abdiskontierten Kosten und Nutzen (Erträge) des einzelnen Projektes – also selektiv – abgeschätzt und mit den entsprechenden Größen alternativer Investitionsobjekte verglichen. Gewählt wird die Alternative mit der größten Differenz zwischen Nutzen und Kosten.“²¹ Dieses Entscheidungskriterium wird in der Wohlfahrtstheorie damit begründet, dass die Kosten eines Investitionsobjektes als Minderung, seine Erträge als Zuwachs gesellschaftlicher Wohlfahrt verstanden werden. Festzuhalten ist, dass zur Beurteilung allein materielle Größen herangezogen werden.

Die Nutzwertanalyse (auch Präferenzanalyse) soll es ermöglichen, eine Rangfolge zwischen verschiedenen Alternativen auf der Grundlage technischer, psychologischer und sozialer Bewertungskriterien festzulegen, die sich an qualitativen und quantitativen Merkmalen orientieren. Das Vorgehen geschieht folgendermaßen: Es werden Ziele definiert und ein dazugehöriges

²⁰ Siehe auch Kap. L: Die subjektive Wertlehre.

²¹ Gabler: Wirtschaftslexikon, 13. Auflage, Band 4, S. 1948, 1992.

Zielprogramm formuliert, woraus sich bestimmte Einzelkriterien ergeben. In einer Zielertragsmatrix werden für die Alternativen die einzelnen Zielerträge der Einzelkriterien abgebildet. Durch die Gewichtung der Einzelkriterien ergibt sich im nächsten Schritt eine Zielwertmatrix. Mit Hilfe einer Entscheidungsregel wird abschließend die Reihenfolge der Präferenz (Nutzwertpräferenzordnung) ermittelt. Werden Parameter der Nutzenwertanalyse variiert (Sensitivitätsanalyse), kann das Ergebnis bewertet werden. Eine Kosten-Wirksamkeits-Analyse präferiert die Alternative, die für einen vorgegebenen Nutzwert die geringsten Kosten verursacht oder bei vorgegebenen maximalen Kosten den höchsten Nutzwert erzielt.

Um Nutzen zu quantifizieren, schlagen John von Neumann und Oskar Morgenstern vor, gleichsam eine Lotterie zu veranstalten, bei der der Akteur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit Gut A bzw. Gut B gewinnen kann. Wenn der Akteur seine Entscheidungen zwischen jeweils zwei solcher Lotterien mit verschiedenen Wahrscheinlichkeiten fällen würde, ließe sich aus der Reihe der gefällten Entscheidungen ein kardinaler Erwartungsnutzen beider Güter ableiten.

In der marktwirtschaftlichen Theorie wird angenommen, dass ein den Nutzen maximierendes Verhalten von Anbietern und Nachfragern bei vollständiger Konkurrenz zu einem Marktgleichgewicht führt, also zu einem ausgeglichenen Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Nach Gary Stanley Becker (*1930) könne der von ihm definierte ökonomische Ansatz „eine breite Skala menschlichen Verhaltens integrativ erfassen ...“²². Becker untersuchte seine Theorie vor dem ökonomischen Hintergrund der Rassendiskriminierung, um den Zusammenhang zwischen Lebensdauer und ungesunder Lebensführung, der Frage der Fruchtbarkeit, der Berufswahl und der Investition in Humankapital²³ zu erforschen und fand seine Theorie bestätigt. Er ging davon aus, dass der einzelne bestrebt ist, seinen Gesamtnutzen zu maximieren, und generalisierte diesen Ansatz, der somit für alle menschlichen Handlungen gelte. So zum Beispiel heirate ein Mensch, wenn dadurch sein Nutzen höher sei als die Kosten des Alleinseins oder die Kosten weiteren Suchens nach einem Partner. Nimmt ein Partner an, durch eine Scheidung Vorteile zu haben, so würde dieser die Trennung anstreben. Mit steigenden Löhnen steige der Verdienstaufschlag durch den Zeitaufwand

22 Becker, Gary S.: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, übersetzt von Monika und Victor Vanberg, J.C.B Mohr, Tübingen 1993, 2. Auflage.

23 Humankapital ist Beckers Wortschöpfung und bezeichnet das Arbeitsvermögen von Menschen.

der Kindererziehung. Das sei der Grund, warum bei steigenden Löhnen weniger Kinder geboren werden. Eine Person werde dann zum Straftäter, „wenn der für sie erwartete Nutzen größer ist als der Nutzen, den sie realisieren könnte, wenn sie ihre Zeit und sonstige Ressourcen für andere [legale] Aktivitäten einsetzen würde.“²⁴ Dies habe Folgen: Wolle der Staat die Kriminalität bekämpfen, so könne er höhere Strafen androhen oder die Strafverfolgung intensivieren. Welche der beiden Alternativen die wirkungsvollere sei, hänge von der Risikobereitschaft der Straftäter ab. Je risikobereiter ein Krimineller potenziell sei, desto mehr müsse die Strafverfolgung Vorrang erhalten.²⁵

Becker meinte, Schaden entstehe der Volkswirtschaft weniger durch die Straftaten selbst, als vielmehr dadurch, dass Straftäter ihre ökonomischen Aktivitäten auf eine illegale Ebene verlegten und somit keinen Beitrag zum Sozialprodukt leisteten.

E) DIE PHYSIOKRATEN

Nach François Quesnay (1694–1774), Leibarzt der Marquise Pompadour und Ludwigs XV., funktioniert der Warenkreislauf im Wirtschaftssystem ähnlich dem Blutkreislauf im menschlichen Körper. Beispielsweise schafft die „produzierende Klasse“ Waren im Wert von 5 Milliarden. Nach Abzug der Kosten bleibt ein Überschuss von 2 Milliarden, die als Rente an die Großgrundbesitzer fließen. Die Hälfte davon, also 1 Milliarde, fließt an die Bauern für Lebensmittel zurück, die andere Hälfte kommt der „sterilen Klasse“ zugute und fließt ebenfalls wieder – durch den Kauf von Lebensmitteln – an die Bauern zurück. Von den 3 Milliarden an Kosten zirkulieren 1 Milliarde zwischen den Landwirten und der „sterilen Klasse“ (Austausch von Gerätschaften gegen Rohstoffe) und 2 Milliarden innerhalb der „produzierenden Klasse“, die sie untereinander für Vieh, Düngemittel und Saatgut ausgibt.

²⁴ Ebenda, S. 47 f.

²⁵ Ebenda, S. 81 f.

Mit diesem Kreislaufmodell, das Quesnay „Tableau économique“ nannte, wurden die volkswirtschaftlichen Aktivitäten in einen großen Zusammenhang gebracht. Noch heute findet dieses Prinzip – jedoch wesentlich verfeinert – in der „volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ Anwendung. Ihr liegt heutzutage die Input-Output-Analyse zugrunde, die Wassily Leontief (1906–1999) kreierte. Er stellte auf der Grundlage großer Datenmengen dem Input (Kombination der eingesetzten Rohstoffe und Arbeitsleistung) den Output (Endprodukte) sowohl bei Unternehmen als auch bei Staaten in einer Matrix gegenüber und versuchte so, das Wirtschaftsgeschehen darzustellen. Er resümierte für die USA, dass das Land reich an Arbeitskräften sei (wegen der hohen Produktivität), aber arm an Kapital.

Der britische Philosoph David Hume (1711–1776) widersprach dem Gedanken der Merkantilisten, dass der Besitz von Gold und Geld ein Zeichen für den Reichtum eines Staates sei. Geld – so seine Meinung – sei nur ein technisches Hilfsmittel, welches den Tausch von Waren erleichtere. Wollte etwa ein Händler einen Ochsen gegen 10 Sack Getreide eintauschen, so sei es außerordentlich mühsam, den Besitzer von 10 Sack Getreide ausfindig zu machen, der zudem auch noch ausgerechnet einen Ochsen haben möchte. Leichter und deswegen dem Handel förderlicher sei es, erst jemanden zu finden, der 10 Sack Getreide gegen allgemein anerkanntes Geld eintausche, um mit diesem Geld dann einem anderen einen Ochsen abzukaufen. Bei diesem Vorgehen gebe es viel mehr Möglichkeiten, was den Handel leichter mache und ihn fördere.

Hume widersprach den Gedanken der Merkantilisten auch deswegen, weil es trotz großer Exportanstrengungen letztlich durch die Geldflüsse und ihren Einfluss auf den Preis zu ausgeglichenen Bilanzen kommen müsse. Auf Dauer sei eine Wertanhäufung durch Staaten also gar nicht möglich. Der Geldwert sei nur fiktiv, weil er nur auf einer Übereinkunft der Menschen beruhe.

Hume begründete sein Gesetz zum tendenziellen Ausgleich der Zahlungsbilanz eines jeden Landes wie folgt: Angenommen, Land A verkauft Waren an Land B, so fließen im Gegenzug entsprechende Werte an Geld von B nach A. Nach dem Handel besitzt das Land B mehr Ware, aber weniger Geld. In der Folge müssten die Preise im Land B wegen des schlechteren Verhältnisses von Waren zu Geld sinken, während sie andererseits im Land A wegen der geringeren Menge an Waren, aber dem Mehr an Geld steigen müssten. Irgendwann sind die Preise des Landes B soweit gesunken und die des Landes

A derart gestiegen, dass es sich für das ehemals exportierende Land A lohnt, Waren von Land B zu importieren: Geld fließt also von Land A nach Land B zurück, meinte Hume.²⁶ Diese Argumentation Humes war seinerzeit ein wichtiges Argument für den freien Handel unter den Staaten. Der ärgste Feind der Erkenntnis sei das Dogma, das sich als unumstößliche Wahrheit ausgibt und alles verwirft, was sich ihm in den Weg stellt.

Die Befassung mit Ursache und Wirkung, wonach ein bestimmtes Ereignis zwangsläufig in ein anderes bestimmtes Ereignis mündet, soll dem Verständnis der Wirklichkeit dienen. Kenntnis basiere zum großen Teil auf dem Wissen um solche Zusammenhänge. Wissenschaften gingen es zudem darum, kausale Zusammenhänge zu entdecken und experimentell zu belegen. Dank solcher Erkenntnisse entstünden Erwartungen bezüglich der Zukunft, aus denen sich Prognosen ableiten ließen. Nur durch die „Belehrung der Erfahrung“ wüssten wir um die Verbindungen verschiedener Ereignisse.

Kausale Beziehungen seien aber Setzungen des betrachtenden Subjektes, die aus konkreten Erfahrungen resultierten. Erst eine unterstellte Gleichförmigkeit (Gleichförmigkeitsthese) lasse einen gültigen Schluss von der Vergangenheit auf die Zukunft zu. Dies sei aber ein unzulässiger Zirkelschluss: „Bisher gab es eine Gleichförmigkeit im Naturverlauf und da es eine Gleichförmigkeit im Naturverlauf gibt, wird es auch künftighin eine Gleichförmigkeit im Naturverlauf geben.“²⁷

Ein induktiver Schluss, der von Beobachtetem auf Unbeobachtetes schließt, sei nicht logisch, weil er gehalterweiternd sei und deswegen den Grad der Gewissheit logischer Schlüsse nicht erreichen könne.

Mit der Absicht, dem Geld eine zuverlässige Bezugsgröße zu geben, legte der Schotte John Law (1671–1729) seinem heimischen Parlament eigene Reformpläne vor. Da Gold und Silber selbst Naturprodukte seien, deren Wert sich durch Angebot und Nachfrage verändere, waren sie nach seiner Meinung als verlässlicher Wertmaßstab ungeeignet. Der Anforderung der Unveränderlichkeit eines Wertmaßstabes entspreche am besten der Boden. Es sei demzufolge eine Staatsbank zu errichten, welche bis zu $\frac{2}{3}$ des Boden-

²⁶ Heute wissen wir, dass dies nicht der Fall zu sein braucht, wenn die Wettbewerbsfähigkeit, etwa durch technologischen Fortschritt, erhalten bleibt. Würden nun die Handelsgewinne des Landes A in Form von Darlehen an Land B zurückfließen, so würde das Land A seinen Gewinn durch die nun fließenden Zinsen zu Lasten von B weiter steigern.

²⁷ Hume, David: A Treatise of Human Nature, Buch I, S. 183ff.

wertes an Papiergeld ausgabe. Die Vermehrung der Geldmittel führe notwendigerweise zu einer Minderung des Zinses der Staatsanleihen. Billiges Kapital schaffe reichlich Arbeitsgelegenheit, und die billigere Ware befruchte den Handel. Im Auslandsverkehr sei dieses Geld unbrauchbar, was aber von Vorteil sei, weil das Land dadurch vor jeder ungünstigen Handelsbilanz geschützt sei. Sein System fußte also auf der Absicht, eine nicht manipulierbare Bezugsgröße zu definieren, die als Orientierung und Anker für Verhältnismäßigkeit dienen konnte. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. In Frankreich allerdings fielen seine Ideen auf fruchtbaren Boden und er erhielt die Erlaubnis zur Gründung einer privaten Notenbank – die Banque Générale. Im ersten halben Jahr schüttete sie eine Dividende von 7,5 % aus und gewann so großes Vertrauen, dass ihre Noten bald von allen Staatskassen angenommen wurden. Im August 1717 gründete Law die Compagnie d'Occident, die im Volksmund die Mississippigesellschaft hieß. Die Bank kündigte im Jahr 1719 eine Dividende von 40 % an. Aktien mit einem Nennwert von 500 Livres stiegen im Jahre 1720 bis auf 18.000 Livres. Diese Größenordnung stand in keinem Verhältnis mehr zu ihrem inneren Wert. Als dieses Missverhältnis erkannt wurde, brachen die Kurse ein. Auch drastische Maßnahmen wie das Verbot von Gold- und Silbertransporten oder des Besitzes von mehr als 500 Livres Bargeld konnten den Zusammenbruch nicht mehr aufhalten. Nun war auch der französische Staatsbankrott bei 3.000 Millionen Livres Schulden unvermeidbar.²⁸ Dafür wurde das „neue System“ verantwortlich gemacht. Law scheiterte tatsächlich an der Missachtung seines eigenen Grundsatzes. Eine Dividende von 40 % war unverhältnismäßig zum inneren Wert der Aktien, täuschte Preiswertigkeit vor, die es nicht gab.

Charles de Secondat (1689–1755) bekämpfte das Steuerverpachtungssystem und forderte, dass der Staat die Verwaltung in die eigene Hand nehmen müsse. Auch der Handel müsse streng staatlich reglementiert werden. „Es schränkt den Kaufmann ein, allein zugunsten des Handels.“

Der Marquis René Louis d'Argenson (1694–1757), der das prunkvolle Staats- und Hofleben aus eigener Anschauung heraus beurteilen konnte, schrieb, die Volkswirtschaft habe vom Staate nur zu verlangen: gute Richter, Unterdrückung der Monopole, unveränderliche Münzen, gute Wege und Ka-

28 Aus: Bruno Hollnagel: „Der Traum des Pharaos – Die großen Spekulationen“, Amalthea Signum Verlag GmbH, Wien 2009.

näle. Alles andere staatliche Handeln sei von Übel. Gute Regentschaft bedeute geringe Regentschaft. Großgrundbesitz wie Großhandel verwarf er. Der Mittelstand gewährleiste die größte Glückssicherheit.

John Locke (1632–1704) war einer der bahnbrechenden Vertreter der Lehre von den unantastbaren Grundrechten eines jeden Menschen. Ökonomische Bedeutung findet dieser Grundsatz in der Argumentation: „Der Mensch hat ein Eigentum an sich selbst, an seiner eigenen Person. Die Arbeit seines Körpers, das Werk seiner Hände, sie sind ihm eigen. Und hieraus ergibt sich, dass, wenn er einem Naturprodukt Arbeit zusetzt, wenn er von seinem Wesen dasselbe abgibt, er es damit auch zum Gegenstande seines Eigentums macht.“ (2. Traktat, Kap. 5).

Die physiokratische Schule repräsentierten insbesondere François Quesnay (1694–1774) und Victor Riqueti, Marquis de Mirabeau (1715–1789). Ihr Gedankengang ist etwa folgender: Nach der Art ihrer Arbeit gibt es drei Klassen: die produktive, die besoldete und die disponible. Der wahre Reichtum eines Landes resultiert aus den Bodenerzeugnissen, die entweder als Nahrung oder als Rohstoffe für das Gewerbe dienen. Nur die Arbeit, die man in rechter Weise auf die Natur verwendet, ergibt ein Mehr über das, was während der Arbeit verbraucht worden ist. Allein die Klasse der Bodenbauer ist also produktiv. Handwerk und Gewerbe formen die Rohstoffe und machen sie für den Gebrauch wertvoll und zur Entwicklung der Kultur geeignet.²⁹ Der Handel verteilt die Ware, bringt sie dorthin, wo sie gebraucht wird. Handwerk, Gewerbe und Handel können die Stoffe nicht vermehren, sind also im eigentlichen Sinne nicht produktiv, dennoch nützlich, ja notwendig. Damit sie einen Anreiz finden, ihre notwendige Arbeit fortzusetzen, müssen sie so viel Unterhaltsmittel aller Art gewinnen, wie es ihnen nötig erscheint.

Ebenso verhält es sich mit den Beamten, Künstlern, Gelehrten usw., die alle zusammen die besoldete Klasse bilden. Die einzige Klasse, die ohne Arbeit lebt, ist die der Bodeneigentümer. Sie ziehen von den Benutzern Pacht ein. In ihr sind die Verzinsung und Tilgung von Grundaussagen enthalten, die eingesetzt werden müssen, um den Boden überhaupt kulturfähig zu machen. Daneben steckt in der Pacht ein Überschuss – als Gabe der Natur –, die reine

²⁹ Nach dieser Lesart produziert zum Beispiel ein Bäcker oder ein Buchbinder nicht, sondern formt Materialien „nur“ um. Gleichwohl ist diese Umformung wichtig und nützlich: für die Kultur beispielsweise durch die Erstellung von Büchern.

Bodenrente, die eigentlich ohne Gegenleistung dem Bodeneigentümer zufließt. Dieser Teil macht diese Klasse zu einer im Staatsinteresse verwendbaren, disponiblen Klasse. Sie muss deshalb dem Staatsganzen alle nötigen Dienste unentgeltlich durch persönliche Leistung entgegenbringen oder allein die Mittel für die Besoldung der Staatsbeamten aufbringen. Von ihr sollten also als einzige Steuern genommen werden. Die Pflicht der staatlichen Gewalt besteht im Schutz jeder Art von Eigentum sowie der Erhaltung und Verbesserung öffentlicher Einrichtungen. Die Abschaffung aller Monopole und Vorrechte erwirkten von selbst die natürlichen Preise und dadurch die natürliche Regelung der Herstellung und des Verbrauches. Ein freier Wettbewerb gibt jedem die Möglichkeit, seine Fähigkeiten frei zu entfalten und zu verwenden. Das Grundrecht aller Menschen ist das Recht zu leben, also zu arbeiten und sich zu entwickeln. Die Gesellschaft darf die Freiheit eines jeden nur insoweit beschränken, wie sie mit der berechtigten Freiheit der anderen unverträglich ist. Die Regierung hat deshalb weder die Pflicht noch das Recht, mehr zu tun, als die Rechte der einzelnen zu wahren, sie vor Angriffen auf ihre Person, ihre Freiheit und die Frucht ihrer Arbeit zu schützen.

Die Physiokraten erhoben die Forderung nach allgemeiner Volksbildung und waren bereit, dafür gegebenenfalls selbst die Freiheit des einzelnen zu beschränken. Je gebildeter das Volk sei, desto mehr wachse bei ihm ein Verständnis für die Gesetze des Staats- und Wirtschaftslebens und die Notwendigkeit von Maßnahmen, so dass „es verstehen lerne, welches persönliche Interesse auch er³⁰ an der Durchführung und Erhaltung ihrer Grundsätze habe“.

Anne Robert Jacques Turgot (1727–1781) versuchte diese vorgenannten Grundsätze praktisch umzusetzen. So suchte er durch literarische Preisausschreiben ökonomische Aufklärung zu betreiben und hatte Erfolg damit, den verhassten Wegfron durch eine Grundsteuer zu ersetzen. Zum Minister berufen, förderte er die Entwicklung der produktiven Kräfte und der Sparsamkeit im Haushalt. Vor allem bekämpfte er die Steuerverpachtung, die für die Inhaber äußerst einträglich war. Er kehrte den ursprünglichen Rechtsgrundsatz „In allen zweifelhaften Fällen ist dem Steuerpächter Recht zu geben“ in das Gegenteil um. So förderte er die Freiheit der Arbeit, die Freiheit des Verkehrs, die Volkshygiene und schaffte 20 verschiedene Steuern ab. Als er aber den großen Grundbesitzern eine Grundsteuer abverlangen wollte,

³⁰ Womit Mirabeau Karl Friedrich von Baden gemeint hatte.

scheiterte er an deren Lobby, die am Hofe intervenierte. König Ludwig XVI. entließ ihn 1776. In der Folge fiel die Gewerbefreiheit und der Ämtersehner blühte wieder auf: *Affiches de Paris* schreibt (1779): „Es sucht jemand ein Amt mit 10.000 – 12.000 Livres Einkünften, wobei man nichts zu arbeiten braucht.“ „Eine Parlamentsratsstelle wird gesucht, wobei man keine Kenntnis der Geschäfte braucht. Der Notar Maillot hat Commission.“ „Dreißigtausend Livres würde man für eine Stelle geben, bei der man ohne sonderliche Beschäftigung Gelegenheit hätte, allen Lustpartien des Hofes beizuwohnen. Die Bankiers Vielleneuve und Compagnie nehmen Commission.“ „Ein Herr vom Lande sucht ein Amt in Paris, welches Ehre mit sich bringt. Es darf auch Geld eintragen. Je weniger Arbeit, desto besser. Man wende sich an Herrn Notar Sauvage in der Rue Bussy.“

Turgot meinte, dass der Preis einer Ware nicht von der Arbeit bestimmt werde, die in sie geflossen sei, sondern allein von dem Verlangen des Käufers, die Ware besitzen zu wollen und dem Wunsch des Verkäufers, sie zu verkaufen. Da das Verlangen nach einer Ware sich an deren Nutzen für den Käufer orientiere, sei der Nutzwert ein wesentliches Preismerkmal.³¹ Eine ähnliche Auffassung vertrat später auch Jean-Baptiste Say (1767–1832), indem er ausführte, dass es völlig gleichgültig sei, ob in einer Ware zehn oder hundert Arbeitsstunden steckten, ihr Wert wäre gleich null, wenn es keinen Käufer für sie gäbe. Der Wert liege also allein in der – von der Arbeit geschaffenen – Brauchbarkeit, meinte er.

Er stellte zudem das „Saysche Theorem“ auf: Unter der Bedingung, dass die Nachfrage der Menschen (das Begehren) unersättlich sei, könne es in einer Volkswirtschaft unmöglich zu einem Überangebot an Waren kommen, und es könne auch keine dauerhafte Arbeitslosigkeit geben. Denn mit den Gütern würde stets auch das Geld produziert, welches für den Kauf der Waren erforderlich sei. Die Waren schufen ihre Nachfrage also selbst. Der Preis der Ware sei nichts anderes als der Lohn der Arbeiter, der Profit der Unternehmer und die Bodenrente der Grundbesitzer³². Zwar komme es vor, dass auch dann nicht alle Waren verkauft würden, wenn die Preise sanken, so dass es

31 Turgot, Anne Robert Jacques: 1769 in: *Réflexions sur la formation et la distribution des richesses*: „Solange man jedes Tauschgeschäft in seiner Vereinzelung für sich betrachtet, gibt es für den Wert der getauschten Güter keinen anderen Maßstab als die gegeneinander abgewogenen Bedürfnisse, Wünsche und Mittel der Partner, und nur durch Übereinstimmung ihres Willens wird der Wert festgelegt.“

32 Die Grundbesitzer bearbeiteten den Boden nicht selbst, sondern ließen ihn bearbeiten und bekamen dafür eine Art Pacht, die sogenannte Bodenrente.

zu Bankrotts und Entlassungen komme, solche Störungen seien aber die Ausnahme. Auch wenn ein Teil der Einnahmen gespart werden würde, so widerspräche dies der Theorie nicht. Denn erstens würde das Gesparte irgendwann ausgegeben und zweitens flösse das Ersparte über die Banken als Darlehen in den Markt zurück.

Als später Vertreter der Physiokraten kann Silvio Gesell (1862–1930) angesehen werden. Laut seines Hauptwerkes wollte er eine „natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. Im Bestreben, seine Bedürfnisse zu befriedigen, sei der Eigennutz der natürliche Antrieb, den jede Wirtschaftsordnung zu berücksichtigen habe, wenn sie nicht scheitern solle. Deswegen sei ein freier und fairer Wettbewerb mit gleichen Chancen für alle zu gewährleisten. Dazu gehöre auch die Abschaffung des Erbes und sämtlicher Vorrechte. Dadurch werde den Begabtesten gerechterweise das höchste Einkommen zufließen. Die weniger Begabten würden ein ausreichendes Auskommen haben, denn sie wären von Zins und Bodenrente befreit. Für Bedürftige ständen aus dem höheren Durchschnittseinkommen genügend Mittel zur Verfügung.

Gesell meinte, dass eine krisenfreie Wirtschaft einer gleichmäßigen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bedürfe. Dazu sei es wichtig, dass Geld nicht als Hortungsmittel, sondern nur als Tauschmittel diene; denn: Alles in der Natur unterliege dem rhythmischen Wechsel von Werden und Vergehen, alleine Geld erscheine dem Vergehen entzogen; es roste oder verderbe nicht. Deswegen könne ein Geldbesitzer ohne Nachteil sein Geld horten. Er könne warten und werde dabei auch noch durch Zinsen belohnt. Das sei gegen die Natur. Die Zinseinnahme könne er erneut verleihen, wodurch sich seine Einnahmen noch steigerten. Es würden somit Reichtümer dort angehäuft, wo sie nicht benötigt würden, wobei zugleich der arbeitenden Bevölkerung ein Teil ihres Arbeitsertrages vorenthalten werde. Ein solches Horten der Geldbesitzer störe den Wirtschaftskreislauf: Mangle es z. B. an Geld, weil die Geldbesitzer dieses zurückhalten, so müssten die Preise gesenkt werden. In der Folge müsse der Geldbedarf durch Kredite gedeckt werden, an denen die Geldbesitzer verdienten, ohne selbst eine Leistung zu erbringen (Zins sei Einkommen ohne Leistung).

Das Horten des Geldes sei durch eine laufende Wertminderung des Geldes sinnlos zu machen. Die laufende Wertminderung könne durch entsprechende Vermerke auf den Geldscheinen (Münzen gäbe es dann nicht) erfolgen, die ein Währungsamt vollziehe. Der drohende Wertverlust würde die

Geldbesitzer dazu veranlassen, das Geld wieder rasch auszugeben und somit in Umlauf zu halten. Das Geld solle vom Staat herausgegeben und bei Bedarf wieder eingezogen werden. Zur Steuerung der Geldmenge bedürfe es demnach nur der Gelddruckpresse, um Geld zu schaffen, und des Ofens, um es nach Bedarf zu verbrennen. So lasse sich der Geldumlauf nach Erfordernis steuern. Störende Inflation oder Deflation könne so vermieden werden. Gessell wollte „den Zins in einem Meer von Kapital ersäufen“.

F) DIE LIBERALE SCHULE – DIE KLASSISCHE NATIONALÖKONOMIE

Den Vorstellungen der Physiokraten widersprach Adam Smith (1723–1790), der als Vater der Nationalökonomie gilt. Der Schotte war Professor der Moralphilosophie und höchster Zollbeamter von Edinburgh, Zeitgenosse des französischen Denkers Voltaire und des britischen Philosophen David Hume.

Smith kritisierte den zu seiner Zeit noch vorherrschenden Merkantilismus („An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“).

Adam Smith war es, der den wirtschaftlichen Vorteil der Spezialisierung erkannte³³. Zur Verdeutlichung seiner Erkenntnis hier ein fiktives Beispiel: Während ein Schuster für die Herstellung eines Paares Schuhe 5 Stunden benötigt und für einen Stuhl 8, braucht ein Tischler für ein Paar Schuhe 8 und für einen Stuhl 5 Stunden. Brauchen beide jeweils ein Paar Schuhe und einen Stuhl, so benötigt jeder von ihnen dafür 13 Stunden, wenn er sie selbst herstellen würde. Produzierte der Schuster aber 2 Paar Schuhe, und würde er das „überschüssige“ Paar gegen einen Stuhl tauschen, so hätte er 1 Paar Schuhe und einen Stuhl für lediglich 10 statt 13 Stunden Arbeit. Für den Tischler gilt das Entsprechende. Wir sehen an diesem Beispiel, dass sich das Spezialisieren lohnt: Die Produktivität wird gesteigert.

³³ Smith, Adam: Wohlstand der Nationen, 1776, 2001, Erstes Buch, S. 9–12.

Führen wir das Beispiel weiter und nehmen an, dass die Schuhe von zwei Personen hergestellt werden (Arbeitsteilung³⁴). Wäre eine davon besonders geschickt beim Ausschneiden und Formen des Leders und die andere besonders effektiv beim Nähen, so könnte ein Paar Schuhe bereits in 4 Stunden fertiggestellt werden. Die Produktionszeit würde sich nochmals verkürzen, die Produktion von Schuhen würde noch effektiver sein: Spezialisierung und Arbeitsteilung steigern die Effektivität der Produktion.

Diese positiven volkswirtschaftlichen Effekte können aber nur zum Tragen kommen, wenn der Tischler leicht an Schuhe und der Schuster leicht an Stühle kommen können. Ohne einen effektiven Handel kommen die Vorteile der Spezialisierung und Arbeitsteilung volkswirtschaftlich also nicht zur Geltung.

Adam Smith schrieb über den Motor allen wirtschaftlichen Handelns: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Bauers oder Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an die Menschen, sondern an die Eigenliebe.“³⁵ Er machte damit den Menschen zum Ausgangspunkt seiner ökonomischen Betrachtungen.

Nach dieser Erkenntnis formulierte er – dem damaligen Zeitgeist entsprechend –, dass die vielfältigen Aktivitäten, die die Wirtschaft anstoßen und in Bewegung halten, zu einer vom Schöpfer gewollten „natürlichen Ordnung“ (im Sinne von „gottgegeben“) führen. Einer „unsichtbaren Hand“ gleich lenke die natürliche Ordnung alle wirtschaftlichen Aktivitäten. Dies geschehe nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und dem Gesetz vom Ausgleich der Profitraten wie folgt: Schwankende Preise beruhen einerseits auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage³⁶ (mit steigender (sinkender) Nachfrage und sinkendem (steigendem) Angebot steigt (sinkt) der Preis), andererseits auf dem natürlichen Bestreben der Unternehmer, ihr Kapital möglichst günstig einzusetzen. So könne es dazu kommen, dass sich die Kundenschaft im Falle eines geringen Angebots nach z. B. angebotenen Hosen dränge, was die Preise und damit die Profitraten der Unternehmer steigen

34 Ebenda.

35 Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, 1767, 2001, Erstes Buch, 2. Kapitel, S. 17. Diese Schlüsselkenntnis, dass die Eigenliebe Antrieb allen ökonomischen Handelns sei, sollte sich später auch die „Soziale Marktwirtschaft“ zunutze machen.

Eigenliebe, Egoismus: Ein Verhalten, welches von den eigenen Interessen beherrscht wird. Es geht über den natürlichen Selbsterhaltungstrieb hinaus.

36 Smith, Adam: Wohlstand der Nationen, 1776, 2001, Erstes Buch, 7. Kapitel, S. 50 ff.

lasse (Preisbildungsgesetz, Gesetz von Angebot und Nachfrage). Die Aussicht auf hohe Profitraten locke aber andere Unternehmer in den Markt, die nun ihrerseits Beinkleider anböten. Das höhere Angebot drücke dann den Preis, wodurch die Profitraten auf das allgemeine Niveau sanken (Ausgleich der Profitraten). Wäre das Angebot immer noch größer als die Nachfrage, so müssten die Preise noch weiter fallen und einige Unternehmer müssten schließlich – wegen der nicht mehr auskömmlichen Profitrate – die Produktion einstellen, wodurch sich das Angebot abschwächte, was die Preise steigen ließe. Nach diesem Mechanismus würden sich also sowohl das Warenangebot als auch die Profitraten schließlich immer auf ein natürliches Niveau einpendeln. Niemand könne sich diesen Gesetzen auf Dauer entziehen.

Nach Adam Smith würde es bei Schwankungen des Marktpreises immer eine Angleichung an den natürlichen Preis geben müssen. Der natürliche Preis bestimme sich durch die Lebens- und Unterhaltungsmittel, die dem Arbeiter die Erhaltung und Fortpflanzung ermöglichten.³⁷ Er führte aus: „Bedarf es beispielsweise in einem Jägervolk doppelt so viel Arbeit, einen Bieber zu töten, als einen Hirsch zu erlegen, sollte natürlich im Tausch ein Bieber zwei Hirsche wert sein.“³⁸

Der Ökonom Robert Giffen (1837–1910) zweifelte an der allgemeinen Gültigkeit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. So könne es auch bei höheren Preisen zu gesteigerter Nachfrage kommen, wenn

- bei Prestigegütern der Prestigewert mit steigendem Preis zunimmt;
- es sich um komplexe Güter handelt, deren Qualitätsunterschiede nicht einfach zu beurteilen sind und der steigende Preis die Konsumenten auf gestiegene Qualität schließen lasse;
- das Giffen-Paradoxon gilt, bei dem es trotz Preissteigerung zu einer Nachfrigesteigerung komme (negative Preiselastizität). Hierfür sein Beispiel: Im 17. Jahrhundert beobachtete Giffen, dass infolge einer Missernte die Getreidepreise stiegen und in deren Folge auch die Brotpreise. Da aber das Getreide auch als Viehfutter verwendet wurde, verteuerte sich auch das Fleisch. Die privaten Haushalte konnten sich wegen der höheren Fleischpreise kein Fleisch mehr leisten und mussten vermehrt auf Brot zurückgreifen. Die Folge: Trotz höherer Brotpreise stieg die Nachfrage nach Brot.

37 Vgl. „ehernes Lohngesetz“ D. Ricardos und J. B. Says Lehrsatz vom „allgemeinen Gleichgewicht“ und s. Teil C, Kap. 1: Vom Wert der Dinge.

38 Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, 1767, 2001, Erstes Buch, Kap. 6, S. 42.

Der Wert einer Ware – so Adam Smith – entspringt aus dem Einsatz von

- Arbeit, für die Lohn zu zahlen sei (s. oben);
- Kapital für den Kauf von Maschinen, Rohstoffen und dem Vorstrecken des Lohnes (Arbeit wird bezahlt, bevor die Ware verkauft ist) und dem Wagnis, das damit verbunden sei, wofür dem Unternehmer ein Gewinn zustehe; sowie
- Boden, wofür die Grundbesitzer eine Bodenrente erhielten, was damit zu begründen sei, dass ohne Boden nichts wachsen könne.

Diese drei Produktionsfaktoren sind im Kapitalismus – nach Say – als gleichrangig anzusehen. Nur alle drei gemeinsam schufen Werte. Denn ohne Material könne kein Arbeiter eine Ware schaffen, ohne Boden wüchsen die Rohstoffe nicht, ohne Arbeiter könne nichts zu einer Ware geformt und zusammengefügt werden.

Nach der Abstinenztheorie von Adam Smith resultiert der Unternehmergewinn auch aus dem Konsumverzicht des Unternehmers. Ursächlich erlange dieser seinen Gewinn nämlich erst dadurch, dass er auf den Konsum seines Kapitals verzichte (speisen, reisen, konsumieren ...), um es stattdessen gewinnträchtig zu investieren. Er übe also (Konsum-)Abstinenz, für die ihm eine Art Belohnung – hier in Form von Unternehmergewinn – zustehe.

Jean-Baptiste Say formulierte – wie auch David Ricardo offenbar zur gleichen Zeit – den Lehrsatz vom allgemeinen Gleichgewicht. Danach könne es in einer Volkswirtschaft unmöglich ein Überangebot von Waren geben – und damit auch keine Absatzkrise –, weil mit den Gütern stets auch jenes Geld geschaffen werde, welches benötigt werde, um die Güter kaufen zu können. (S. auch S. A 25 2. Absatz) Zu begründen sei die prinzipiell immer ausreichende Nachfrage der Menschen nach Waren damit, dass verdientes Geld letztlich nicht weggeworfen werde, sondern schließlich immer irgendwann in den Markt zurückkehre. Komme es dennoch selbst bei sinkenden Preisen zu unverkäuflichen Waren und in deren Folge zu Bankrott und Entlassungen, so handele es sich hierbei lediglich um vorübergehende Störungen des an sich gültigen Prinzips.

Der Kapitalismus sei in der Lage, meinte Smith, alle wirtschaftlichen Kräfte zu entfesseln. Smith glaubte, dass zwei wichtige menschliche Eigenschaften die Eigenliebe zügeln würden: die Fähigkeit zur Selbstkritik und das Bedürfnis nach wechselseitiger Sympathie. Doch offenbar war er sich dieser Mechanismen der Selbstbeschränkung der Menschen nicht sicher; denn er

konnte erleben, wie Kinder an Maschinen gekettet wurden, und beklagte die „gemeinsame Raubgier und den Monopolgeist der Fabrikanten“. Obwohl er diese Phänomene als unvermeidliche Übergangsschmerzen deutete, wollte er dennoch einer hemmungslosen Selbstsucht gesetzliche Schranken auferlegen, ohne dabei aber die Triebkraft der Wirtschaft, eben die „Eigenliebe“, zu unterdrücken. Ohne sie nämlich, so Smith, erstürbe der Erwerbsfleiß und ohne ihn würden die Menschen nicht den Boden kultivieren, Häuser bauen, Städte und Gemeinwesen gründen sowie all jene Künste und Wissenschaften erfinden, die das Leben verfeinerten und verschönten.

1776 beschrieb Smith in seinem Werk *Vom Wohlstand der Nationen*, welche wesentlichen Elemente eine liberale Wirtschaft gewährleisten:

1. Alle Wirtschaftsakteure können jederzeit autonom mit ihren Gütern handeln und über sie entscheiden.
2. Jeder strebt nach seinen Vorteilen.
3. Es herrscht vollständige Konkurrenz, d. h. jeder feilscht um jeden Preis.
4. Geld ist ein allgemein anerkanntes Tauschmittel.
5. Die Marktlage wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Das gilt sowohl für den Güter- als auch für den Arbeitsmarkt.
6. Die Märkte befinden sich im Gleichgewicht, stehen miteinander in Verbindung, und es gelten für alle die Marktgesetze.

Zur Arbeitslosigkeit schrieb Smith: „Die Anzahl derer, die vom Lohne leben, steht stets im Verhältnis zu der Größe des Kapitals, welches dazu verwendet wird, ihnen Beschäftigung zu geben.“³⁹ Nur bei der Vergrößerung dieses Kapitals könne die Nachfrage nach Arbeit wachsen. Die Voraussetzung dafür sei die Steigerung des Arbeitsertrages. Das würde bedeuten: Die Arbeiter schaffen Arbeitsplätze durch effektiveres und angestrebteres Arbeiten.

Für Say war das Maß der mit einer Ware verbundenen Arbeit – im Gegensatz zu Smiths Auffassung – unbedeutend für den Wert, denn dieser bemesse sich einzig nach der Brauchbarkeit. Sie bezieht den ästhetischen Nutzen ausdrücklich ein. Weiter sagt er, dass die Herstellung von Waren nur im Zusammenwirken der (Produktions-)Faktoren Arbeit, Kapital und Boden möglich sei, woraus folge, dass der geschaffene Wert oder Ertrag auf diese drei zu

³⁹ Smith, Adam: *Wohlstand der Nationen*, 1776, 2001, Erstes Buch, Kap. 8.

verteilen sei. Und dann sagte er noch etwas: „... es ist die Produktion, die Nachfrage nach Produkten erzeugt.“⁴⁰

David Ricardo (1772–1823) formulierte die quantitative Geldtheorie. (*On the Principles of Political Economy and Taxation*). Danach besitze ein Land stets so viel Geld, wie es für seinen Bedarf benötigt. Aus dem Verhältnis zwischen Geld und Waren ergebe sich der Preis, der bei weniger Geld steige und bei vielem sinke. Geld ist bei ihm die vorhandene Geldmenge mal Geldumlaufgeschwindigkeit.⁴¹

In Fortführung des Sayschen Lehrsatzes vom „allgemeinen Gleichgewicht“ postulierte er, dass mit den Gütern stets auch das Geld produziert werde, denn der Preis der Waren bestehe letztlich aus Einkommen. Dieses bestehe aus dem Lohn für Arbeit, dem Gewinn der Unternehmer, der Grundrente der Bodenbesitzer. Es schaffe sich also jede produzierte Ware ihre Nachfrage selbst. Da hergestellte Ware letztlich auch abgesetzt werden könne⁴², könne es keine dauerhafte Arbeitslosigkeit geben. Störungen seien demnach nur vorübergehender Natur. Zudem „müssen“ sich die Löhne naturgemäß um das Niveau des Notwendigsten herum bewegen, denn (ehernes Lohngesetz) sänken sie unter dieses Niveau, verminderten Krankheit und Hunger die Zahl der Arbeiter und deren Möglichkeit zu arbeiten, weswegen sich der Durchschnittslohn erhöhen würde. Steige der Lohn aber, so würden vermehrt kinderreiche Ehen die Arbeiterzahl derart erhöhen, dass der Lohn wieder sinken müsse, da sich nun mehr Menschen das zirkulierende Kapital teilten. Der Lohn könne also nur kurzzeitig vom physischen Existenzminimum abweichen (Existenzminimum-Theorie). Das zirkulierende Kapital sei für

1. Lohn,
2. Hilfs- und Betriebsstoffe bestimmt und
3. das fixe Kapital für Maschinen, Gebäude, Werkzeuge. Kapital bilde sich durch Enthaltbarkeit im Verbrauch. Der Verzicht auf augenblicklichen „Verbrauch“ gebe die Berechtigung auf zusätzlichen Genuss in der Zukunft.

Die Lohnfondstheorie (Mill, Mac Culloch [1789–1864], Senior, Ricardo) besagt, dass in einer Volkswirtschaft eine jährlich feststehende Kapitalmenge für Lohnzahlungen existiere. Das gesamte Lohnaufkommen könne demnach

40 Say, Jean-Baptiste: *A Treatise on Political Economy*, 1836, Transaction Publishers, New Brunswick und London, 2001, S. 133.

41 Vgl. Fischer-Formel in Kap. K.

42 Wenn auch gegebenenfalls zu sinkenden Preisen.

nicht beeinflusst werden. Da hiermit das Lohnaufkommen festgeschrieben schien, blieb offenbar nur der politische Weg.

Insbesondere das eherne Lohngesetz hatte später entscheidenden Einfluss auf die Gewerkschaften. Würde nämlich das Lohnniveau aus ökonomischen Gründen eine feste Größe darstellen, könnte allein die Politik höhere Löhne erwirken. Also müsste die Arbeiterklasse die Mehrheit in den Parlamenten erringen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, damit höhere Löhne erreicht werden.

David Ricardo formulierte die theoretischen Grundlagen für die Vorteile des Außenhandels und erkannte, dass aus einem internationalen Handel ökonomische Vorteile erwachsen könnten. Dabei komme es aber nicht auf die absoluten Werte an, sondern auf die Verhältnisse der Arbeitskosten der verschiedenen Produkte. Er erläuterte den komparativen Kostenvorteil⁴³ am Beispiel des damaligen Handelsabkommens zwischen Portugal und England. Danach hatten Portugal Wein und England Tuch gegenseitig steuerfrei zu liefern. Ricardo rechnete vor, dass durch dieses Abkommen beide Länder Vorteile hätten (s. ein solches Beispiel in Teil D 6.2.3). Diese Überlegungen Ricardos dienen noch heute zur Begründung des freien Handels und der (kostenreduzierenden) Spezialisierung.

Ricardos weitere Vorstellungen bestanden darin, dass:

1. jedes Land sich auf diejenigen Aktivitäten konzentrieren solle, die es am effektivsten durchzuführen in der Lage sei, also mit denen es die größten Vorteile zu erringen vermöge (Spezialisierung);
2. dadurch der Welthandel und die (kostengünstigere) Massenproduktion angeregt werde und wegen der Ausnutzung des oben beschriebenen komparativen Kostenvorteils der weltweit gesteigerten Effektivität und besseren Verteilung der Güter der Wohlstand allgemein steige.

Gemäß David Ricardo beeinflusst der Welthandel die Inflation: Englische Kaufleute würden dann dazu neigen, Tuch aus Portugal zu importieren, wenn es dort preiswerter sei als in England. Damit brächten sie Geld nach Portugal. Dessen Geldmenge würde steigen und dort zur Inflation führen,

⁴³ Ricardo, David: *The Principles of Political Economy and Taxation*, London 1817. Tatsächlich waren seine Vorstellungen bereits zuvor bei Robert Torrens formuliert. Torrens, Robert: *The Economists Fefudet*, London 1808 und *An Essay on the External Corn Trade*.

während in England der Geldabfluss zu sinkenden Preisen führe. Die Geldströme würden so lange anhalten, bis es wieder vorteilhaft sei, Tuche von England nach Portugal zu exportieren.

Obwohl Ricardo selbst als hilfsbereiter Mann geschildert wird, der für Schulen und Krankenhäuser spendete, zeigte er sich gegenüber allgemein sozialen Wohltaten eher reserviert: „Wenn jeder Mensch, der Unterstützung benötigt, sicher sein könnte, sie zu erhalten – und zwar in dem Ausmaß, dass dadurch sein Leben angenehm wird, ... dann würde die Anstrengung des Arbeiters sich allein darauf richten, Unterstützung zu erlangen“, meinte er.

In der klassischen Nationalökonomie gilt der Homo oeconomicus als idealtypische Vorstellung vom Menschen. Dieser verfüge über ein vollständiges Zielsystem, handele rational und kenne bei seinen Entscheidungen alle Alternativen (vollständige Markttransparenz und Information) sowie deren Konsequenzen (vollständige Voraussicht).

Sogenannte Klassiker waren der Meinung, die ökonomische Rolle des Staates bestehe ausschließlich darin, öffentliche Güter bereitzustellen, die Verteidigung zu gewährleisten, für Bildung zu sorgen, Verkehrswege zur Verfügung zu stellen (Smith und Say) und bei der Wasserversorgung und dem Eisenbahnverkehr einzugreifen (Mill).

John Stuart Mill (1806–1873) formulierte als gesellschaftliches Ziel „das Gute für die Menschheit“, was einerseits „Freiheit“ und andererseits „ein gutes Auskommen“ bedeute. Als Grundlage für eine gerechte Besteuerung sah Mill die Grundrente an. Denn diese stelle ein arbeitsloses Einkommen dar und rechtfertige deswegen eine gesellschaftliche Abgabe. Es sei ein freier Wettbewerb nötig, um nützliche gesellschaftliche Energien freizusetzen. „Der Schutz vor Konkurrenz ist ein Schutz der Faulheit und geistigen Trägheit; ein Entheben der Notwendigkeit, ebenso tätig und geistig regsam zu sein wie andere.“ Dabei sei allerdings der Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Ein Staat, der Monopole zulassen, würde einigen wenigen erlauben, nach Belieben eine Art Steuer zu erheben.

G) DAS MANCHESTERTUM

Von 1765 an stiegen die Getreidepreise in England durch zunehmende Nachfrage als Folge des Bevölkerungswachstums unablässig. Als in den Kriegsjahren der Getreideimport unmöglich wurde, zogen die Großgrundbesitzer reichlich Gewinn aus der Knappheit. Denn um nicht zu verhungern, bezahlte man jeden Preis. Um 1760, an der Schwelle zur „industriellen Revolution“, lebten in dem mit Schottland vereinigten England etwa 7 Millionen Menschen, deren Zahl stetig stieg. Viele von ihnen besaßen kaum mehr als Spucknapf, Bett, Stuhl und Tisch. Über 1,5 Mio. Arbeitslose bildeten die „nutzlose Armee der Armen“. In den Bergwerksstollen zogen Frauen die Kohlewagen. Die „Fürsorgeämter“ lasen bettelnde Kinder von den Straßen auf und steckten sie in Fabriken, in denen sie bis zu 16 Stunden täglich arbeiten mussten. Ihre „flinken Finger“ vermochten jedoch nicht die Armut zu zügeln. Die steigenden Lebensmittelpreise bewirkten lediglich, dass die Not zunahm. Allgemein galt die Formel: Armut und Unwissenheit = Zufriedenheit. Der Reichtum nährte sich von der Armut. Der Tod quittierte die schlechte ärztliche Versorgung und die mangelhafte Hygiene. Ihm fielen vor allem Kinder zum Opfer. So kam es, dass die durchschnittliche Lebenserwartung 35 Jahre nicht überstieg.

Die Großgrundbesitzer versuchten zunächst Einfuhren zu verhindern und später durch ein von ihnen angeregtes Schutzzollsystem mit gestaffelten Zöllen, den Importpreis hochzuhalten. In dieser Situation konnten die Befürworter des uneingeschränkten Freihandels Anhänger gewinnen. Als 1846 eine Missernte eintrat, wurden die Zölle auf Getreide beseitigt. Es war dies der Beginn des „Manchestertums“, das zur schrankenlosen Entfesselung aller Kräfte führen sollte und jeden staatlichen Eingriff, auch den zugunsten der Schwächeren, im Namen der Freiheit ablehnte. Richard Cobden (1804–1865) formulierte 1838 eine Petition, die die Handelskammer von Manchester annahm. In ihr sprach er von dem unveräußerlichen Recht jedes Menschen, die Ergebnisse seiner Arbeit gegen die Erzeugnisse anderer zu tauschen und begründete damit seine Auffassung der „wahren und friedlichen Grundsätze freien Handels im weitesten Maße.“ Das Manchestertum postulierte die absolute Freiheit ohne einengende Eingriffe des Staates. Der Gedanke, die Freiheit eines einzelnen Menschen einzugrenzen, um diejenige vieler anderer Menschen zu erhalten, war dem Manchestertum fremd.

Die Grundlagen dafür schuf die unbeschränkbare Freiheit der liberalen Schule. Das die Unternehmen fördernde nationale System mündete schliesslich in das englische Manchestertum. Der Mensch spielt hierbei als Individuum keine Rolle, sondern ist den Interessen der Firmenziele untergeordnet, denen sich auch der Staat zu unterwerfen hat. Was sich in früheren Zeiten in Fürstenhänden sammelte, gelangte nun in die Einflussosphäre des privaten Kapitals, das schrankenlos zu wachsen begann. Die Aufgaben des Staates beschränkten sich darauf, „grobe Unfug und ruhestörenden Lärm zu verhüten“. Man spricht deswegen vom „Nachtwächterstaat“ mit dem Grundsatz: „Laissez faire et laissez passer!“ Als Folge verarmten weite Bevölkerungsschichten. Die wirtschaftliche Not breiter Bevölkerungsteile begünstigte später eine Gegenbewegung, den Kommunismus.

Die Situation verschärfte sich, als der Uhrmacher John Kay 1733 das „fliegende Weberschiff“ erfand. Dabei jagte das den Kettfaden tragende „Schiff“ durch ein ausgeklügeltes System mit doppelter Geschwindigkeit und Präzision in den Webstühlen hin und her. Viel schneller konnten so mehr Stoffe und damit auch mehr Gewinne produziert werden.

Zur Wollproduktion braucht man Schafe und, um Schafe zu ernähren, Wiesen. Wo aber Wiesen sind, findet kein Ackerbau statt, der den Menschen Ackerfrüchte bringen kann. Wo es deswegen an Nahrung fehlt, herrscht Hunger, und Hunger vertreibt die Menschen. Ein Chronist wusste demzufolge zu berichten: „Wo 40 Menschen ihr Leben fristeten, haben jetzt ein Mann (gemeint ist der Großgrundbesitzer) und ein Schafhirte alles.“ Die Kleinbauern wurden enteignet oder verkauften ihre Höfe zu Spottpreisen – der Kaufpreis eines kleinen Hofes reichte gewöhnlich dem ehemaligen Landwirt, um sich einen Monat lang zu betrinken. Als Folge dieses „Bauernlegens“ bildete sich ein entwurzelter Heer von Tagelöhnern, Bettlern, Landstreichern und Dieben, die schliesslich die Städte bevölkerten und sich später auch politisch zu Wort meldeten. Was in Spanien zu Zeiten des Merkantilismus geschah, spielte sich nun in ähnlicher Form in England ab.

Zum Symbol der „industriellen Revolution“ aber wurde vor allem die von James Watt – einem Bekannten von Adam Smith – 1765 erfundene Dampfmaschine, die bereits drei Jahre später das Gebläse eines Hochofens und ab 1785 die ersten Maschinen einer Spinnerei antrieb. Von nun an bestimmte die Geschwindigkeit der Maschinen den Arbeitstakt der Menschen und erzwang eine strenge Arbeitsmoral. Wer „blaumachte“, wurde entlassen, und

wer es langsamer angehen ließ, wurde mit Lohnabzügen gezüchtigt. Die Maschinen duldeten keinen Stillstand und die Fabrikbesitzer noch weniger. Die Menschen, durch Hunger geschwächt und durch Not gefügig gemacht, wurden Sklaven der Maschinen.

Durch das Berliner Dekret Napoleons vom 21. November 1806, durch welches die britischen Inseln in einen Blockadezustand (Kontinental Sperre) versetzt wurden, wollte Frankreich England zum Frieden und zur Anerkennung des im Utrechter Frieden aufgestellten Seerechts zwingen. Wie bei einer Burgbelagerung trachtete Napoleon danach, die Engländer auszuhungern. Deren Flotte versuchte im Gegenzug, den Schiffen neutraler Staaten den Zugang zu französischen Häfen zu verwehren. Durchbrachen auch Schmuggler die beiderseitigen Blockaden, so führten doch vor allem die fehlenden Importe von Getreide zu einer Versorgungskrise, aus der abermals die Großgrundbesitzer und Fabrikanten ihre Vorteile zogen. Die überreichen Gewinne suchten sie sich später durch Schutzzölle zu erhalten: Sank der Getreidepreis, hoben sie die Zölle an, um die Preise zu stützen. Das war mit den Prinzipien eines freien Handels unvereinbar.

1813 kam es infolge einer Missernte in England zu einer Hungerkatastrophe. Ein Brotlaib kostete mehr als der Wochenlohn eines Arbeiters. Der Mangel an Lebensmitteln steigerte den Gewinn (Bodenrente) der Landlords. Da die Gutsbesitzer ihre Güter in der Regel nur verpachteten und dafür, wie Ricardo meinte, ohne Risiko eine Rente bezogen, seien die Interessen der Grundbesitzer gegen alle anderen Klassen gerichtet – also gegen die der Arbeiter und Unternehmer (Kapitalisten):

Da der Preis für Mehl einheitlich sei, ganz gleich, ob das Getreide auf fruchtbarem oder unfruchtbarem Boden gewachsen war, sei auch der Ertrag für Mehl einheitlich. Die Kosten aber, die anfallen, um die gleiche Menge Mehl aus kargem Boden zu gewinnen, seien höher als bei dem Mehl von fruchtbarem Boden. So errechne sich der Gewinn aus dem (festen) Ertrag abzüglich der von der Bodenqualität abhängigen Kosten, weswegen der Besitzer des schlechteren Bodens eine geringere Bodenrente erziele als jener mit fruchtbarem Boden. Die Höhe der Bodenrente ergebe sich also aus der unterschiedlichen Beschaffenheit der Böden. Ricardo bezeichnet die Bodenrente folglich als „Differentialrente“. Die Differentialrente sei nicht die Ursache des Preises, sondern seine Folge.

Der Lohn der Arbeit richte sich nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern nach dem „Preis, der nötig ist, die Arbeiter instand zu setzen, sich zu erhalten und ihr Geschlecht fortzupflanzen.“ Damit hänge, wie Ricardo erkannt haben wollte, die Lohnhöhe von den Preisen für Lebensmittel ab. Die Lohnhöhe erreiche das Existenzminimum, wenn als Folge der Überbevölkerung das Angebot an Arbeitsplätzen die Nachfrage unterschreite.

Die eigentlich Benachteiligten bei der Aufteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages seien die Unternehmer. Dies lasse sich logisch wie folgt begründen: Die allgemeine Zunahme der Bevölkerung erfordere es, dass immer kargere Böden bewirtschaftet werden müssten. Dadurch stiegen die Lebensmittelpreise und als Folge auch der Lohn für die Arbeiter. Höhere Lohnkosten aber schmälerten die Profitrate der Unternehmer. Sie seien also die Verlierer. Für sie lohne es nun nicht mehr, Kapital zu investieren, wodurch der wirtschaftliche Fortschritt bedroht sei.

Ricardo folgert: Die Klasse der Landlords und Unternehmer stünde unveröhnlich der Arbeiterklasse gegenüber, so dass von der natürlichen Harmonie, wie sie Smith postuliert, keine Rede sein könne.

In Paris errichtete Robespierre 1794 seine (kurze) Schreckensherrschaft, indem er seine Widersacher unter das Fallbeil werfen ließ. Die so geschürte Angst machte sich auch die englische Regierung zunutze und zerstörte stetig den Keim jeder Reform, die im Interesse der Armen hätte liegen können. Trotz staatlicher Zuschüsse zum Lohn, die den drohenden Hungertod verhindern sollten, war die Regierung zum Handlanger der Reichen geworden, was nicht verwundern konnte, hatten doch die Landlords die Mehrheit im englischen Parlament. So wurden u. a. Mindestlöhne abgelehnt, weil ein solches Gesetz gegen die Prinzipien eines freien (Arbeits-)Marktes verstoße. Auch wurde die Steuer nicht vom Einkommen erhoben, sondern auf die Preise aufgeschlagen und Gewerkschaften, sogenannte Koalitionen, verboten.

Eines der Themen, die seinerzeit die englischen Gemüter beschäftigten, war die Frage: Weshalb steigt der Goldpreis? Die allgemein anerkannte Antwort darauf war: Napoleon, der den Engländern eine Kontinentalsperre aufzuzwungen hatte, wollte die Briten wirtschaftlich ruinieren. Die Knappheit der Güter treibe deren Preise. In einem zunächst anonymen Artikel widersprach Ricardo dieser Begründung: Der Goldpreis sei deswegen so hoch, weil im Verhältnis zur Goldmenge zu viel Papiergeld in Umlauf sei. Diese Erkenntnis

war die Geburtsstunde der „Quantitativen Geldtheorie“, welche „Monetaristen“ wie Milton Friedman später verfeinern sollten. Demnach entspricht die Geldmenge eines Landes immer seinem Geldbedarf. Der Geldmenge steht immer ein entsprechender Warenwert gegenüber. Aus diesem Verhältnis von Geldmenge zu Warenwert ergibt sich der Preis. Verändert sich das Verhältnis zugunsten des Geldes, so steigt der Preis, während er im umgekehrten Fall sinkt. Hinzu kommt noch die Geschwindigkeit, mit der das Geld zirkuliert. Wechselt eine bestimmte Geldmenge innerhalb einer bestimmten Zeit beispielsweise zehnmal den Besitzer und steigert sich der Besitzerwechsel auf 12, so hat dies für die Preise die gleiche Wirkung, als würde die Geldmenge um 20 % gesteigert – die Waren verteuern sich. Entsprechend verhält es sich im umgekehrten Fall.

1811 trieb die Not die Strumpfwirker in Nottingham auf die Straßen. Soldaten lösten zwar eine erste Versammlung von Demonstranten auf, doch mit der anschließenden Zerstörung von Wirkstühlen war die Zeit der Maschinenstürmer angebrochen. 1819, die Schlacht von Waterloo war längst geschlagen und Napoleons Stern gesunken, da verspielte die englische Regierung den Rest an Sympathie, als sie eine Versammlung von über 500.000 demonstrierenden Menschen auf dem Petersfeld in Manchester blutig niederschlagen ließ, weil die Demonstranten ein Wahlrecht für Arbeiter forderten, das derzeit den Grundeigentümern per Gesetz allein vorbehalten war.

1798 veröffentlichte Thomas Robert Malthus (1766–1834) seine Untersuchungen zu den Prinzipien der Bevölkerung (*An Essay on the principle of population*). Er formulierte darin seine Bevölkerungstheorie, nach der sich der Mensch in geometrischer Progression vermehre, Nahrungsmittel hingegen nur in arithmetischer.⁴⁴ Die Bevölkerung nehme also stärker zu als die Nahrungsmittelproduktion.

Der spätere Inhaber eines Lehrstuhles für Nationalökonomie zweifelte am Fortschritt und Wohlstand, indem er behauptete, dass sich die Anzahl der Menschen alle 25 Jahre verdopple und sich somit schneller vermehre als die Lebensmittel. Das Wachstum der Bevölkerung würde durch Repressivmittel wie Hunger, Not und Elend, die namentlich auf die Kindersterblichkeit ein-

⁴⁴ Geometrische Progression ist eine Folge von Zahlen, deren aufeinanderfolgende Zahlen in einem konstanten Verhältnis stehen. Beispiel: 2, 4, 8, 16, 32 usw. Jede Zahl wird mit dem gleichen Faktor multipliziert. Arithmetische Progression ist eine regelmäßige mathematische Zahlenfolge, bei der die Differenz zweier benachbarter Folgenglieder gleich ist. Bsp.: 1, 2, 3, 4, 5.

wirkten, eingedämmt, sofern sich die Menschen nicht freiwillig zur Anwendung von Präventivmitteln entschlössen. Seine Schlussfolgerung: Pocken und Pest seien ein Segen – Frühehen, Armenküchen und Lohnzuschüsse hingegen ein Fluch. Denn je mehr Menschen zugrunde gingen oder erst gar nicht geboren würden, desto geringer sei die Zahl derer, die sich um die Lebensmittel raufen müssten. Sein Gebot hieß: sexuelle Enthaltensamkeit. Mit diesen Thesen, so berichteten englische Zeitgenossen, habe Malthus in England mehr Hass auf sich gezogen als Napoleon.

H) DER KOMMUNISMUS

Das liberale System konnte die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllen. Die „unveräußerbaren Naturrechte“ führten nicht zur Aufhebung der Monopole des Merkantilismus, sondern begünstigten nur andere. Hinzu kam nun, dass der Handwerker durch die Industrialisierung erstmals eine neue Konkurrenz, die Fabrikwaren, zu spüren bekam und die Arbeiter sich durch die Maschinen bedroht sahen. Unter diesen Bedingungen gelangten Ökonomen zu veränderten Denkansätzen, die im Kern darauf zielten, die vermeintlichen Verursacher der Widrigkeiten, die Monopole des Boden- und Kapitaleigentums, zu beseitigen.

Schon 1516 beschrieb der englische Lordkanzler Thomas Morus in seinem Staatsroman *Utopia* sein Idealbild eines Staates völliger Gleichheit. Wenn auch nicht gleich ein ganzer Staat, so sollte doch eine naturrechtlich ausgestaltete Modellgemeinde mit Kapital und Boden als Gemeineigentum diese Idee realisieren.

Robert Owen (1771–1885) war der erste, der das Experiment praktisch erprobte – und zweimal scheiterte. Dasselbe Schicksal erlitten 15 weitere Versuche, die von seinen Anhängern gewagt wurden. Außerdem unternahm er einen Versuch auf dem Gebiet der Währungsfrage. Nach seiner Meinung hat das Metallgeld den Charakter eines ausbeutenden Faktors. Es solle deswegen abgeschafft werden. Zu diesem Zweck gründete er seine „Tauschbank“, die ihren Mitgliedern alle Waren gegen „Arbeitsnoten“ eintauschte. Die Werteinheit war die Arbeitsstunde. Der Wert einer Ware setzte sich aus dem

Materialwert und der – von Direktoren der Bank zu schätzenden – zur Schaffung der Ware notwendigen Arbeitszeit eines Durchschnittsarbeiters (= natürliche Arbeitszeit) zusammen. 30 Jahre vor Marx hatte demnach Owen „die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ praktisch zu realisieren versucht. Offenbar an der Wirklichkeit vorbei; denn die Bank ging pleite, weil sie in großer Menge Waren annehmen musste, deren Marktpreis unter dem „natürlichen“ Preis lag, während im umgekehrten Fall die Ware außerhalb der Bank verwertet wurde. Bezüglich der Lohnhöhe vertrat er die Auffassung, dass niedrige Löhne die Kaufkraft minderten. Im Gegensatz dazu steigerten höhere Löhne also die Kaufkraft und beförderten den Handel.

Auch dem Franzosen Charles Fourier (1772–1837) missglückten seine kommunistischen Initiativen ebenso gründlich wie die von 25 weiteren Theoretikern. Auf einem Pariser Fourier-Denkmal wurden die drei Worte eingelassen, deren harmonisches Verhältnis er zu finden suchte: Kapital, Arbeit, Talent. Er hatte folgende Auffassungen über die Triebe der Menschen: Er unterschied zwischen dem Luxustrieb⁴⁵, Gruppentrieb⁴⁶ und dem Trieb nach Befriedigung der Sinne und der Seele⁴⁷.

Karl Marx (1818–1883) übernahm von Adam Smith die Begriffe Tauschwert und Gebrauchswert; wobei der Tauschwert nach seiner Meinung die geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeit widerspiegelt. Den Charakter der Arbeit rückte er dadurch in ein anderes Licht, indem er sagte, die Menschen arbeiteten notwendigerweise füreinander, wenn es auf dem Markt zu einem Warenaustausch komme. Nach Marx ging es in der bürgerlichen Gesellschaft nicht um die Produktion von Waren, sondern einzig um die Vermehrung des Kapitals.

Marx übernahm ebenfalls das Preisbildungsgesetz von Angebot und Nachfrage, prangerte aber an, dass dadurch die Arbeiter ihre Rolle als Schöpfer der Werte nicht erkennen könnten. Er war davon überzeugt, dass allein die Arbeiter die (Mehr-)Werte schufen, dass also die Arbeitskraft die Quelle der Werte sei (Mehrwerttheorie). Arbeiter arbeiteten praktisch länger als sie müssten, um den Kapitalisten die Lohnkosten einzubringen, und als sie bräuchten, um ihre notwendigen Ausgaben⁴⁸ bestreiten zu können. An der

45 Jeder wolle sehen, schmecken, hören, riechen, fühlen.

46 Jeder möchte sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, Freundschaft, Arbeit, Liebe, Ehe.

47 1. Cabaliste (Trieb des Wetteiferns, des Rivalisierens) 2. Composite (Trieb der Begeisterung) 3. Papillonne (Trieb nach dem Wechsel in der Arbeit und allen äußeren Eindrücken).

48 Ernährung, Kleidung, Erziehung und Ausbildung der Kinder, Miete.

geleisteten Mehrarbeit der Arbeiter bereicherten sich die Kapitalisten. Die Wertbestimmung des Lohnes enthalte, so Marx, ein historisches und ein moralisches Element. Der Lohn hänge also auch von den Lebensansprüchen ab. Das Maß der Arbeit bestimme den natürlichen Wert einer Ware.

$$W = C + V + M$$

W = Warenwerte, entspricht dem gesellschaftlich notwendigen Aufwand (zur Wiederherstellung) der Produkte

C = konstantes Kapital = Wert der Arbeitsmittel (Fabriken, Maschinen, Stoffe usw.)

V = variables Kapital = Wert der Arbeitslöhne

M = Mehrwert

Der Profit sei der Überschuss des Warenwertes über den Wert des vom Kapitalisten vorgeschossenen Gesamtkapitals (C).

Von der ökonomischen Linken wird Adam Smith gern als Zeuge aufgerufen. Dabei war er es, der die These aufstellte, wonach nur bei Vergrößerung des Kapitals die Nachfrage nach Arbeit wachsen und sich somit der Wohlstand der Arbeiter mehren könne.⁴⁹

1910 veröffentlichte der Österreicher Rudolf Hilferding (1877–1941) *Das Finanzkapital*. Er beschrieb den wesentlichen Strukturwandel des Kapitalismus um die Jahrhundertwende. Danach seien die Einzelunternehmen zu anonymen Aktiengesellschaften mutiert, bildeten sich Trusts, Kartelle, Monopole, wüchse die Macht der Banken. Im allgemeinen Wettbewerb seien die Fabrikanten gezwungen gewesen, ihre Gewinne in neue, wettbewerbsfähigere Maschinen zu investieren, die die Gewinne der Unternehmer weiter steigerten und so zu fortgesetzter Kapitalakkumulierung (fortdauernde Kapitalansammlung) führten.

Von besonderer Bedeutung sei dabei die Zweiteilung des Kapitals in sogenanntes

49 Indem nun die „Linken“ die „kapitalistische Klasse“ zerschlugen, vertrieben sie nach den Thesen Smiths das Kapital, die Arbeitsplätze und den Wohlstand. Das „vergesellschaftete“ Kapital, für welches sich niemand verantwortlich fühlte, wurde nicht gepflegt, sondern verzehrt. Als dieses schließlich aufgebraucht war (Russland, DDR, Kuba), stand der „Arbeiterklasse“ trotz der generellen technologischen Weiterentwicklung verhältnismäßig wenig Einkommen zur Verfügung. Die Experimente von Owen und Fourier scheiterten an den Egoismen der Menschen. Nur mit repressiver Gewalt (zum Beispiel Mauerbau in der DDR) oder systematischer Abwesenheit von Alternativen konnte die Bevölkerung in dem absolutistischen Staat, der „alles (besser) weiß“, gehalten werden.

- „brachliegendes Kapital“, d. h. momentan nicht erneut investiertes Kapital – weil die Maschinen bereits auf dem neuesten Stand sind oder der Kapitalbesitzer gerade keine lohnende Investition erkenne – und
- „funktionierendes Geldkapital“, welches reinvestiert würde.

Durch die Banken werde das „brachliegende Geldkapital“ (also solches, was ungenutzt im Sparstrumpf liegt) in „funktionierendes“ umgewandelt, indem es andere Unternehmen in Form von Krediten für neue Maschinen und Anlagen einsetzen; für Maschinen in Unternehmen, denen eine solche Investition aus eigener Kraft nicht möglich sei. Mit dem geliehenen Kapital erzielen die ausleihenden Unternehmen also Sonderprofite. Die Kapitalakkumulation speise sich nun nicht mehr ausschließlich aus eigenen Gewinnen, sondern auch aus Zinsen für ausgeliehenes Kapital und den Sonderprofiten. Dadurch beschleunige sich insgesamt die Kapitalakkumulierung.

Der wirtschaftliche Wandel resultiere aber auch aus der Kapitalstruktur der Aktiengesellschaften:

1. Während der einzelne Unternehmer in der Regel auch Leiter seines Unternehmens sei und damit darüber bestimmen könne, wie das Kapital verwendet werde, seien bei Aktiengesellschaften Eigentümer (Aktionäre) und Betriebsführer (Manager) nicht mehr identisch. Bei den Aktiengesellschaften hätten viele Eigentümer keinen Einfluss mehr darauf, wie das Kapital verwendet werde. Infolgedessen besäßen viele Kapitaleigner keine produktive Funktion mehr, sie beuteten – so Hilferding – nur noch aus.
2. Die Herrschaft über Aktiengesellschaften hätten die Kapitalmehrheiten, wodurch viele Minderheiten ohne Einfluss blieben. Mit größeren Aktienpaketen könnten also Aktiengesellschaften beherrscht werden. Das eigentlich Neue am Kapitalismus bestehe demnach darin, dass das durch die Banken verkörperte Finanzkapital eine immer größere Macht über das produktive Kapital erringe.

Entscheidend sei nun, dass die Interessen der Banken dem ursprünglichen liberal-kapitalistischen Prinzip entgegengesetzt seien. Denn eine große Bank, die zwei konkurrierenden Unternehmen Geld ausleihe – und die Ausleihungsbedingungen bestimme – sowie Vertreter in die Aufsichtsräte beider Firmen berufe, könne unmöglich einen harten Wettbewerb unter diesen Unternehmen wollen. Damit aber sei der freie Wettbewerb ausgehebelt, die Wirtschaft werde monopolisiert. Für die Verbraucher, so Hilferding, könne dies nur von Nachteil sein; denn fehlender Wettbewerb führe zu höheren

Preisen. Selbst bei sinkender Nachfrage könnten, bei monopolartiger Struktur, die Preise künstlich hochgehalten und somit stets für hohe Profite gesorgt werden.

Nun nehme aber in einer monopolisierten Wirtschaft der Anteil an Profiten ab, der als sogenanntes funktionierendes Kapital eingesetzt werden könne. Warum? Um für monopolähnliche Waren hohe Preise und somit hohe Profitraten erreichen zu können, müsse das Warenangebot gedrosselt werden. Damit werde es aber zunehmend schwieriger, Profite in die Produktion zu investieren. Die Folge sei ein zunehmend „brachliegendes Geldkapital“, welches auf der Suche nach lohnenden Investitionen ins Ausland exportiert werde. Spätestens hier nun beginne der Staat sich aktiv in das Wirtschaftsgeschehen einzumischen. Denn damit die inländische Wirtschaft nicht wegen des Mangels an Kapitalverwertung zusammenbreche und somit sozialen Unfrieden erzeuge, müsse er dafür sorgen, dass das Ausland für das überschüssige inländische Kapital „aufnahmebereit“ sei. Tatsächlich erklärte der US-Präsident William Taft 1912, er schliesse „keineswegs eine aktive Intervention“ aus, „um unseren Kapitalisten günstige Investitionsmöglichkeiten zu gewährleisten“. Smedley D. Butler, Kommandant der US-Marineinfanterie, schrieb in seinen Erinnerungen: „1903 half ich, Honduras zum Besten der nordamerikanischen Fruchtanbaugesellschaften zu ‚befrieden‘“. Und 1906 sorgte der US-Kreuzer Marbelhead in El Salvador „für Ordnung“, als die Bevölkerung gegen die Geschäftsinteressen der USA aufbegehrte.

Rudolf Hilferding war auch der Vater der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap), die später Lenin übernahm und John Hopson stützte. Zu Smiths Zeiten stand die kapitalistische Wirtschaft in Opposition zum Staat; denn die herrschenden Aristokraten waren zugleich die Herren über das feudalistische Wirtschaftssystem. Smith forderte deswegen so wenig Staat wie möglich. Nun sagte Hilferding, das Finanzkapital strebe selbst die Herrschaft an. Es wolle die inländische Konkurrenz vermeiden, um auf internationaler Ebene konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben. Dazu bedürfe es eines starken Staates, der keine Rücksicht auf die Interessen anderer Länder zu nehmen brauche. Dieser könne dann

- Schutzzölle errichten, um ausländische Konkurrenz abzuschirmen,
- inländische Finanzkapitalinteressen im Ausland durchsetzen,
- anderen Staaten günstige Handelsbedingungen abnötigen usw.

Er würde also insgesamt imperialistisch wirken. Der Staat würde zum Diener der Monopolisten und dies einzig zu deren Vorteil (Stamokap).

1) DAS NATIONALE SYSTEM

Den liberalen ökonomischen Gedanken stellte Friedrich List (1789–1846) sein nationales System entgegen: Einzelwirtschaft könne sich nur innerhalb eines Volksganzen entwickeln und behaupten. Staatliche Gewalt müsse junge, entwicklungsfähige Gewerbe gegebenenfalls durch nationale Zollschranken schützen, bis sie wirtschaftlich gegenüber dem Ausland Bestand haben könnten. Er widersprach Adam Smiths „Tauschsystem“, indem er schrieb⁵⁰: „Wer Schweine züchtet, ist (nach Smiths Theorie) ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft. Wer Dudelsäcke oder Maultrommeln zum Verkauf fertigt, produziert; die größten Virtuosen, da man das von ihnen Gespielte nicht zu Markte tragen kann, sind nicht produktiv ... Ein Newton, ein Watt, ein Kepler ist nicht so produktiv wie ein Esel, ein Pferd oder ein Pflugtier ... Allerdings sind die, welche Schweine großziehen, Dudelsäcke oder Pillen fabrizieren, produktiv. Aber die Lehrer der Jugend und der Erwachsenen, die Virtuosen, die Ärzte, die Richter und Administratoren sind es in einem noch viel höheren Grade. Jene produzieren Tauschwerte; diese produzieren produktive Kräfte ... Die Nation muss materielle Güter aufopfern und entbehren, um geistige oder gesellschaftliche Kräfte zu erwerben; sie muss gegenwärtige Vorteile aufopfern, um sich zukünftige zu sichern!“ List erkannte die Bedeutung der Fabriken und der Gewerbe (heute Industrie und Handel) und die Wirkung der Transportmittel. Insbesondere seien Eisenbahn und Schifffahrt (Infrastruktur) für das materielle Leben und Wissen, für die gedeihliche Entwicklung eines Volkes notwendig, weil sie den Transport beschleunigen und effektiver machen. Gemäß dieser Auffassung forcierte er Schifffahrtskanäle und Eisenbahnen. Bei deren Bau würde der Überfluss an Lebensmitteln, Eisen, Steinen, Holz, Kräften der Menschen und Tiere konsumiert und in dauernde Werte gewandelt. Man erschaffe auf diese Weise „Instrumente, die alle produktiven Kräfte der Nation verdoppeln.“⁵¹ Zudem verbilligten und beschleunigten sie den Warenaustausch. Darin also bestand sein ökonomisches Anliegen, die wirtschaftliche Kraft der Nation zu stärken und dabei die Interessen der Firmen nach innen wie außen zu wahren.

50 Damaschke, Adam: „Die Geschichte der Nationalökonomie“, Jena, Verlag Gustav Fischer, 1913, 2. Buch, 7. Auflage, Kap. 13, S. 372/373.

51 Briefwechsel Lists mit Baader.

J) DER KEYNESIANISMUS UND DIE NEOKLASSIK

John Maynard Keynes (1883–1946), Schüler von Alfred Marshall und Cecil Pigou, erregte erste öffentliche Aufmerksamkeit mit seinem Buch *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, das Joseph Schumpeter als „gnadenlos logisch“ bezeichnete. In diesem Buch legte Keynes dar, dass die im Versailler Vertrag diktierten Reparationszahlungen Deutschlands (132 Mrd. Goldmark) nicht bezahlbar seien und die Weimarer Republik ruinieren würden. Die Times verriss das Buch – es passte nicht in den von Hass durchsetzten Zeitgeist. Doch Keynes sollte mit seiner Einschätzung recht bekommen und es wurde die Frage aufgeworfen, ob die von Keynes vorgeschlagenen maßvolleren Reparationen Hitler und den Zweiten Weltkrieg verhindert hätten.

Die klassische Ökonomie unterstellte, dass der Kapitalismus dank der sogenannten „unsichtbaren Hand“ des Marktes zu einem Ausgleich tendiere. Keynes war schon vor 1929 vom Gegenteil überzeugt: Der Kapitalismus tendiere zur Instabilität. Die eigentlichen Gründe für Arbeitslosigkeit („Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“) seien folgende:

1. Ein Unternehmer werde nicht mehr Arbeiter einstellen, als für die geplante Produktion nötig seien.
2. Ein Unternehmer werde nicht mehr Güter produzieren, als die Kunden voraussichtlich nachfragen werden. Beide Fälle (1. und 2.) trügen nämlich Verluste ein.

Es bestehe, so Keynes, demnach ein enger Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach Gütern und der Beschäftigung. Die klassische Ökonomie unterstellte hingegen eine Abhängigkeit der Nachfrage von der Lohnhöhe und dem Umfang der Beschäftigung.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach 1929 stieg überall die Arbeitslosenquote rapide an. Zudem wurde zum Beispiel in Deutschland nur 26 Wochen Erwerbslosengeld bezahlt. Ein Arbeitsloser mit Frau und Kind erhielt 51 Mark im Monat, wovon 32,50 Mark für Miete, Beleuchtung und Heizung abgingen, woraufhin lediglich 18,50 Mark für Ernährung und Kleidung übrigblieben. Ein Pfund Brot kostete 13 Pfennig, ein Pfund Margarine 3 Pfennig, ein Hering 10 Pfennig. Die führenden Ökonomen empfahlen öffentliche Sparsamkeit, um die Defizite der öffentlichen Haushalte zu begrenzen, weil sonst der Staatsbankrott zu befürchten sei. Keynes forderte hingegen nun

den Staat auf, Geld bei den Banken zu leihen und damit öffentliche Investitionen und Risikobeteiligungen bei Bauinvestitionen zu finanzieren (flankiert durch eine zielgerechte Fiskalpolitik [Staatsausgaben und -einnahmen]), um Arbeitsplätze zu schaffen. In dem dadurch initiierten und durch den Multiplikator-Effekt⁵² verstärkten Aufschwung könne der Staat die aufgenommenen Mittel den Banken wieder zurückzahlen. Wenn also private Unternehmen zögerten zu investieren, so müsse der Staat die entstandene Lücke schließen. Denn es mache keinen Unterschied, ob die private Wirtschaft oder der Staat Arbeitsplätze schüfen.

Keynes meinte im Hinblick auf Vollbeschäftigung: Wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurückgeht, drosseln die Unternehmer ihre Produktion und entlassen Arbeiter. Das widerspricht der Auffassung Says, nach der eine Vollbeschäftigung nur an der Lohnhöhe scheitere.

Keynes widersprach auch dem Sayschen Theorem auf folgende Weise: Er teilte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Konsum- und Investitionsgüternachfrage auf. In dem „psychologischen Gesetz“ formulierte er, dass sich der Konsum zwar bei zunehmendem Einkommen erhöhe, aber nicht um den vollen Betrag der Einkommenssteigerung, weil ein Teil davon gespart werde und zu einer Nachfragerücke führe, sofern dafür keine Investitionsgüter erworben würden. Diese Nachfragerücke würde (nach Say) geschlossen, wenn der Sparanteil von der Zinshöhe bestimmt sei. Der Grund: Weil mit höherem Sparanteil das Geldangebot auf dem Kapitalmarkt zunehme, die Zinsen (= Preis für Geld) damit sanken und Investitionen lukrativer würden und die Nachfrage nach Investitionskrediten somit entsprechend stiege. Nach Keynes funktioniere dieser Zinsmechanismus nicht; denn die Sparneigung sei von der Höhe des Einkommens abhängig und nicht vom Zinsniveau. Damit sei nicht sichergestellt, dass die Höhe der Ersparnisse der Höhe der Investitionen entspreche.

Der Auffassung von Marie Esprit Léon Walras und anderer, die von der natürlichen Harmonie der Marktwirtschaft ausgingen, widersprach unter anderem außer Schumpeter auch Keynes ganz entschieden. Nach dessen Meinung sei Marktwirtschaft instabil und produziere ihre Krisen selbst. Auch sei die Vorstellung falsch, dass die Vorstellung der Menschen vom Nutzen

⁵² Nach Keynes besteht die Sekundärwirkung von Investitionen in einer Steigerung des Volkseinkommens (Einkommenseffekt der Investition), die eine Konsumsteigerung zur Folge habe, da die Verbraucher mehr Geld zur Verfügung hätten. Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen (durch Einkommenssteigerungen) seien um den Multiplikator-Effekt insgesamt größer als der ursprüngliche Investitionseinsatz.

die Wirtschaft dazu bringe, genau das zu produzieren, was den Menschen nütze. Vielmehr bewirkten raffinierte Werbestrategien, dass die Nutzenvorstellungen der Konsumenten im Sinne der Produzenten verändert (manipuliert) würden.

Der englische Nationalökonom Arthur Cecil Pigou (1877–1959) wurde 1908 Nachfolger von Alfred Marshall. Im Gegensatz zu Keynes glaubte Pigou, dass es kein dauerhaftes wirtschaftliches Gleichgewicht im Falle von Unterbeschäftigung geben könne.

In der Keynesianischen Theorie wird der Spezialfall der Liquiditätsfalle diskutiert: Während nach Keynes davon auszugehen ist, dass ein höheres (niedrigeres) reales Geldangebot die Wirtschaft stimuliert (dämpft), werde diese Abhängigkeit im Zustand der Liquiditätsfalle durchbrochen. Bei ihr ändert sich das reale Bruttosozialprodukt nicht mehr, obwohl die Preise fallen. In so einem Fall, so Keynes, würden die Wirtschaftsakteure sich zum Beispiel trotz niedriger Zinsen weigern, Wertpapiere zu kaufen – und damit den Preis zu steigern –, wenn sie annehmen, dass die Wertpapierpreise zukünftig sinken, Wertpapierkäufe also Kapitalverluste bringen würden. Nach Keynes' Vorstellung ist es das fehlende Vertrauen in die Zukunft, welches die Liquiditätsfalle erzeugt. Als Antidepressionsinstrument sei die Fiskalpolitik – hier ein sinkender Zinssatz – einzusetzen.

Pigou meint, ein solcher Eingriff sei unnötig, denn die Liquiditätsfalle gebe es in Wirklichkeit gar nicht. Würde nämlich der Preis immer weiter fallen, so bekäme der Wirtschaftsakteur für sein Geld immer mehr und schließlich so viel, dass er seine Kaufzurückhaltung aufgebe (Pigou-Effekt oder Realkasseneffekt). Am Beispiel der Wertpapiere bedeutete dies: Die Wertpapiere würden derart billig werden, dass sie schließlich (fast) umsonst zu haben wären, was sich kein Anleger entgehen lassen könne. Danach zählt nicht die absolute Preishöhe, sondern der reale Preis, die Realkasse (die reale Kaufkraft). Die Konsumnachfrage würde mit sinkenden realen Preisen (steigender Realkasse) stimuliert, und es komme zu einer Erhöhung der effektiven Nachfrage, die dann auch wieder Produktion und Investitionen stimuliere.

Obwohl man Pigou als Neoklassiker bezeichnen kann, folgte er nicht der Ansicht der Klassiker wie Adam Smith, die von einer vollständigen Selbstregulierung des Marktes ausgingen. Pigou war der Auffassung, dass es Fälle gebe, bei denen der Markt versage. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn es

um sogenannte „externe Effekte“⁵³ gehe. Diese hätten Auswirkungen auf Dritte, ohne dass sich diese externen Effekte im Preis dieses Gutes wiederfinden. Diese externen Effekte sollten nun nach Pigou durch die Einführung einer sogenannten Pigou-Steuer berücksichtigt werden. Beute demnach zum Beispiel ein Unternehmen die Umwelt aus, so müsse über eine Steuer Ausgleich dafür geschaffen werden, damit sich die Auswirkungen gegenüber Dritten im Preis widerspiegeln.

Nach Paul A. Samuelson (1915–2009) gilt das Gesetz der Knappheit: Den prinzipiell unbegrenzten Bedürfnissen stehen nur begrenzte Güter und Ressourcen gegenüber. Daraus ergäben sich drei Kernfragen: 1. Was soll in welchen Mengen produziert werden? 2. Wie sollen die Güter produziert werden? (Welche Verfahren und Ressourcen sollen eingesetzt werden?) 3. Wer erhält wie viele der produzierten Güter? Samuelson „übersetzte“ viele ökonomische Beweisführungen in die Sprache der Mathematik.

K) DER NEOLIBERALISMUS / MONETARISMUS

Als in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Keynesianischen Theorien augenscheinlich versagten und die Inflation grassierte, fanden die schon zuvor formulierten Thesen des amerikanischen Neoklassikers Milton Friedman (1912–2006) Gehör. Er meinte, die staatlichen Mehrausgaben hätten keinen Einfluss auf die Konjunktur, der Multiplikatoreffekt sei Legende und der Wohlstand der Nachkriegszeit basiere ausschließlich auf der Liberalisierung der Wirtschaft.

Die Wirkung vermeintlichen Unsinn staatlicher Eingriffe auf das Wirtschaftsgeschehen meinte er unter anderem durch folgende Argumentation belegen zu können: Teilte man den für die Bekämpfung der Armut ausgegebenen Betrag (in den USA) durch die Anzahl der Bedürftigen, so hätten diese das Eineinhalb- bis Zweifache des durchschnittlichen Einkommens erhalten. Dass die Bedürftigen derartig hohe Zuwendungen nicht erreicht hätten, liege

⁵³ Externe Effekte beschreiben hier Auswirkungen bei der Produktion eines Gutes, die sich nicht in der Preisbildung dieses Gutes wiederfinden.

an den Kosten der Armee der „hochbezahlten Krieger gegen die Armut“. Der Staat verschleudere also das Geld der Steuerzahler. Das gegenwärtige System sei ein beschämender Zustand der Entmündigung. Denn die Staatsdiener entschieden, was für die Menschen gut sei, nicht aber die Betroffenen selbst.

Für Friedman ist der gegenwärtige Sozialstaat „ein Betrug an den Leuten, die noch arbeiten und Steuern zahlen“, weil ihnen ein Teil des verdienten Lohnes genommen werde, um die Sozialausgaben zu finanzieren.

Die Leichtfertigkeit der Geldausgabe hänge, so Friedman, von dem Ausgabenprinzip ab. Dieses lasse sich in verschiedene Ebenen unterteilen. Je höher die Ebene sei, desto leichtfertiger werde das Geld ausgegeben. Friedman unterscheidet folgende Ebenen:

1. Man gibt eigenes Geld für sich aus.
2. Man gibt eigenes Geld für andere aus.
3. Man gibt anderer Leute Geld für sich aus.
4. Man gibt anderer Leute Geld für andere aus.

Die Methoden 3 und 4 seien die Gründe für Inflation.

Nach Friedman habe der Staat nicht mehr zu tun, als für Soldaten und Polizisten zu sorgen, um das Leben und den Besitz der Bürger zu schützen (Nachtwächterstaat). Es sei nämlich erwiesen, dass sich Wirtschaftskrisen in dem Maße verschlimmerten, wie Regierungen sie zu beheben trachteten. Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme schädigten nur die Bürger, weil diese mit ihren Steuergeldern für solche Programme aufzukommen hätten. Da der Staat außerdem solche Vorhaben in der Regel mit Krediten finanziere, Sorge diese zusätzliche Geldnachfrage an den Kapitalmärkten für höhere Zinsen und nehme den Unternehmern den Anreiz, Geld für Investitionen auszuleihen – da das ausgeliehene Geld dann teurer werde.

Ganz anders als Keynes meint Friedman, dass die Verbraucher langfristig dächten und ihren Konsum auf das erwartete Gehaltsniveau ausrichteten (permanente Einkommenshypothese). Überraschende Einkommenserhöhungen würden demnach zum Sparen verwendet und nicht konsumiert. Hingegen schränkten kurzfristige Einkommenseinbußen den Konsum nicht ein. Das Einkommensdefizit werde vielmehr durch den Zugriff auf Ersparnisse ausgeglichen.

Wenn der Staat zur Belebung der Konjunktur Geld in die Industrie investiere, und die Beschäftigten dieser Branche ihren Konsum daraufhin nicht

nennenswert steigern, komme es – nach Friedman entgegen dem Keynesianischen Multiplikator-Effekt – eben nicht zu einem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. Zwar würden in einem solchen Falle gegebenenfalls einige Arbeitsplätze in der Investitionsgüterindustrie geschaffen, doch springe der Impuls nicht auf die Konsumgüterindustrie über, wirke also nicht nachhaltig wirtschaftlich belebend. Außerdem verschwinde der Beschäftigungseffekt, sobald die staatlichen Investitionen abgearbeitet seien. Die staatliche Verschuldung hätte dann weniger positive als negative Auswirkungen.

In diesem Zusammenhang sei auf die Crowding-out-Hypothese verwiesen, die annimmt, dass eine kreditfinanzierte Ausweitung der Staatsnachfrage private Nachfrage in gleichem oder größerem Umfang verdrängt.

Häufig werde die Geldpolitik⁵⁴ unterschätzt, meinte Friedman. Sie sei zwar wirksam, aber mit so vielen Voraussetzungen und Vorbehalten, so dass eine hinreichende Prognose über ihre Wirkung nicht möglich sei. Der Staat könne im Interesse der Wirtschaft lediglich dafür sorgen, dass sich die Geldmenge kontinuierlich entwickle. Unter allen Umständen müsse der Staat die Inflation bekämpfen, weil sie dazu neige, immer schneller zu galoppieren und die Preise durcheinanderzubringen. Deswegen dürfe die Geldmenge nie schneller wachsen, als die Produktionstätigkeit zunehme.

Einen Überblick verschafft die Fischer-Formel. Danach gilt

$$M * v = p * Y$$

Mit: M = Geldmenge, v = Umlaufgeschwindigkeit des Geldes,
p = Preise, Y = BSP (Bruttosozialprodukt).

Dies besagt, dass die Preise (p) mit zunehmender Geldmenge (M) oder erhöhter Geldumlaufgeschwindigkeit (v) respektive abnehmendem Bruttosozialprodukt (Y) steigen.

Nach der Analyse des Wirtschaftsgeschehens von 1861 bis 1957 meinte der Ökonom Alban William Phillips (1914–1975) eine Abhängigkeit zwischen der Veränderungsrate der Löhne und der Quote der Arbeitslosenrate entdeckt zu haben, wie er es graphisch in seiner Phillips-Kurve darstellte. Andere Ökonomen leiteten weiterführend eine Beziehung zwischen Arbeitslosenquote und Inflationsrate ab. Demnach sei im voraus abzusehen, bei wel-

⁵⁴ Geldpolitik: Geldmengenveränderung, Leitzinsänderung, staatliche Verschuldung bei der Notenbank, Kreditaufnahme im Ausland.

cher Inflationsrate welche Arbeitslosenrate zu erwarten sei. Eine Vollbeschäftigung lasse sich nur erreichen, wenn eine bestimmte Inflationsrate in Kauf genommen werde. In Perioden hoher Arbeitslosigkeit sei die Inflationsrate gering, während sie bei niedriger Arbeitslosigkeit hoch sei. Die Erklärung lautet sinngemäß so: Bei einem wirtschaftlichen Aufschwung passten die Unternehmen ihre Produktion der wachsenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage an, wodurch die Nachfrage nach Arbeitnehmern steige, weshalb auch die Löhne stiegen, die Arbeitslosenquote aber abnehme. Mit den steigenden Löhnen erhöhten sich zugleich die Produktionskosten, weswegen die Unternehmer ihre Preise heraufsetzen müssten (Lohn-Preis-Spirale). Die andere Überlegung geht davon aus, dass die Unternehmen auf eine gesteigerte Nachfrage zunächst mit Preissteigerungen reagierten (Inflation). Das bedeute für die Unternehmen höhere Gewinne, die eine Produktionsausweitung lukrativ erscheinen ließen. Erst jetzt würden neue Arbeitsplätze geschaffen (Abbau der Arbeitslosenrate) und höhere Löhne durchgesetzt (Preis-Lohn-Spirale).

Nach Friedman ist die Phillips-Kurve nicht geeignet, die tatsächlichen Verhältnisse exakt wiederzugeben. In der Wirtschaft existiere vielmehr eine „natürliche Arbeitslosigkeit“, weil immer einige Arbeitnehmer auf der Suche nach einem neuen oder besseren Arbeitsplatz seien (Sucharbeitslosigkeit) und anderen die angebotenen Löhne zu niedrig seien, um ihre Freizeit dafür zu opfern (freiwillige Arbeitslosigkeit). Die „natürliche Arbeitslosigkeit“ lasse sich nicht nachhaltig überwinden. Dazu trägt Friedmann folgende Überlegungen vor:

Sollte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mittels Wirtschaftsprogrammen stark angeregt werden, so steige die Produktion, und das führe zu einer erhöhten Arbeitsnachfrage mit der Folge höherer Löhne und anziehender Preise. Diese Preissteigerung realisierten die Arbeitnehmer erst zeitverzögert. Sie könnten nun nicht – wie erwartet – mehr kaufen, womit sich die Erwartung realer Lohnerhöhungen als Illusion (Geldillusion) herausstelle und der Grund für Neueinstellungen aus Sicht der Arbeitnehmer somit obsolet würde. Resümee: Der Abbau der Arbeitslosenrate sei zustande gekommen, weil die Arbeitnehmer von realen Lohnsteigerungen und die Unternehmer von realen Lohnkürzungen ausgegangen seien. Die Geldillusion würde eines Tages von den Arbeitern erkannt. Rechneten sie mit der Inflation, so forderten sie außer dem Inflationsausgleich einen Aufschlag (Partizipation an Produktionsfortschritten). Entweder könnten die Arbeiter ihre erhöhte Lohnforderung durchsetzen, was dazu führe, dass die Unternehmen nicht bereit seien, alle

Arbeitnehmer zu beschäftigen, da sich ihre Geldillusion nicht erfülle, oder die Lohnforderung sei nicht durchsetzbar. In diesem Falle würden die „freiwilligen Arbeitslosen“ auf Arbeit verzichten; denn nun erfülle sich ihre Geldillusion nicht. Am Ende werde sich also die Arbeitslosigkeit auf einem „natürlichen“ Niveau einstellen.

L) DIE SUBJEKTIVE WERTLEHRE

Dass der preußische Assessor Hermann Heinrich Gossen (1810–1858) in die Geschichte der Ökonomie einging, war einem Zufall zu verdanken. Der Franzose Marie Esprit Léon Walras (1834–1910) veröffentlichte 1874 eine Nutzen-Theorie mit ähnlichem Inhalt wie die des Engländers William Stanley Jevons (1835–1882), der seine Vorstellungen jedoch bereits drei Jahre zuvor veröffentlicht hatte. Die beiden Ökonomen stritten um die geistige Urheberchaft, bis ein englischer Professor Gossens Werk *Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln* – 1854 veröffentlicht – entdeckte. Gossen fiel daraufhin der Ruhm des Entdeckers zu. Worum ging es? Um das „Genießen“, das auf „die möglichste Höhe gesteigert“ werden solle, damit „die Summe des Genusses des ganzen Lebens ein Größtes werde“. Das erinnert an den Utilitarismus, den mehr als 100 Jahre zuvor Francis Hutcheson begründet hatte.

Während Adam Smith behauptete, der Wert einer Ware sei vom Arbeitsaufwand und von den Herstellungskosten bestimmt, so postulierten die Grenznutzentheoretiker, dass der Wert einer Ware allein von ihrem (subjektiven) Nutzen bestimmt sei. Die meisten menschlichen Handlungen seien im objektiven Sinn „nichtlogisch“. Die „subjektive Wertlehre“, nach der die Wirtschaftssubjekte nur im subjektiven Sinne logisch handelten, war damit begründet. Sie beflügelte die ökonomischen Denker und brachte verschiedene „Schulen“ hervor.

Die Grenznutzentheorie (Gesetz der Bedürfnissättigung, 1. Gossensches Gesetz, oder Gesetz des abnehmenden Grenznutzens) besagt: Der Nutzen je Einheit (Grenznutzen) eines Gutes nimmt mit wachsender verfügbarer Menge dieses Gutes ab. Also: Je mehr Güter einer Art jemand in einer bestimmten

Zeitspanne ge- oder verbraucht, desto geringeren Nutzen zieht er aus jedem einzelnen Stück, wenn auch die Summe der Nutzen aller Stücke steigt. Der Nutzen eines Brotes, das man innerhalb einer bestimmten Zeit verzehre, sei zwar sehr groß, weil es den Hungertod verhindere. Komme ein weiteres Brot hinzu, so steige zwar der Nutzen noch, weil man satter sei und die Zufriedenheit zunehme. Mit jedem weiteren Brot vermindere sich aber der zusätzliche Nutzen je Brot.

Ähnliches besagt das Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag (formuliert von Johann Heinrich von Thünen [1783–1850]), dessen Funktionsweise Marie Esprit Léon Walras wie folgt beschreibt: Ein Bauer erwirtschaftet auf seinem Feld 100 Zentner Weizen im Jahr. Diesen Ertrag kann er beispielsweise auf 160 Zentner steigern, wenn er die wachsenden Weizenpflanzen düngt und zur Pflege des Pflanzenbestandes einen Mann einstellt. Mit der doppelten Menge Dünger und einem weiteren Mann würde der Ertrag jedoch nur auf 170 Zentner zu steigern sein. Dem Mehr an eingesetzter Arbeitskraft und Dünger stehe also kein entsprechendes Mehr an Ertrag gegenüber. Der Ertrag je eingesetzter Einheit sinke demnach (abnehmender Grenzertrag⁵⁵). Irgendwann lohne es sich nicht mehr, noch mehr in den vorhandenen eigenen Boden zu investieren, weil es günstiger sei, einen weiteren Acker hinzuzukaufen.

Das zweite Gossensche Gesetz, das Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen, besagt: Das Maximum an Bedürfnisbefriedigung ist erreicht, wenn der Grenznutzen der zuletzt beschafften Teilmengen der Güter gleich ist (optimaler Verbrauchsplan). Voraussetzung dafür sei, dass alle Bedürfnisse durch dasselbe teilbare Mittel (Geld oder Arbeitsstunden) gedeckt werden könnten.

Alfred Marshall versuchte die klassische Auffassung mit der subjektiven Wertlehre zu verbinden, indem er äußerte, dass der Preis einer Ware sowohl von deren Nutzen als auch von ihren Herstellungskosten bestimmt sei.

Der seinerzeit in Wien lehrende Ökonom Carl Menger (1840–1921) unterschied zwischen Waren, die unmittelbar und solchen, die mittelbar zur Befriedigung von Bedürfnissen beitragen. Schuhe zum Beispiel befriedigten Bedürfnisse unmittelbar. Die Maschinen aber, die sie herstellen, hätten kei-

⁵⁵ Grenzprodukt: Zunahme der Produktion, wenn ein Faktor oder das Einsatzniveau um eine Einheit erhöht wird.

nen unmittelbaren Wert. Der Wert der Maschine richte sich nach dem Nutzen, den die Käufer den Produkten beimessen, welche von den Maschinen produziert werden.

Unter den verschiedenen „Schulen“ war die damalige Akademie von Lausanne eine Hochburg der ökonomischen Lehre. An ihr lehrte Marie Esprit Léon Walras. Jeder Mensch, so Walras, strebe nach der Maximierung seines Nutzens, den er aus dem Ver- oder Gebrauch einer Ware ziehen könne. Aus dem Nutzen einer Ware resultiere das Verhältnis des Konsumenten zu ihr. Der Nutzen, den ein Konsument aus einer Ware ziehe, sei eine berechenbare Größe: Offenbar sei der Nutzen für den Käufer eines x Dollar teuren Autos größer als für jemanden, der dieses Auto nicht kaufe. Da er den Nutzen für eine berechenbare und als solche darstellbare Größe hielt, war es Walras möglich, ein mathematisches Modell aufzustellen, welches beweisen sollte, dass es automatisch zu einer „optimalen“⁵⁶ Güterversorgung komme, da alles von sich aus nach Harmonie strebe. Eine Bedingung dafür sei, dass die Wirtschaftssubjekte⁵⁷ ungehindert ihre individuellen Interessen verfolgen und die Preise sich bei freier Konkurrenz ungehemmt dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage anpassen könnten. Es dürfe also kein Staat oder Monopol existieren, der bzw. das die Preise künstlich hochhielte.

Die natürliche Harmonie, die diesem System innewohne, könne nur durch sogenannte exogene Faktoren wie Krieg, Missernten oder staatliche Bevormundung nachhaltig erschüttert werden.

Nach Walras sind alle Wirtschaftssubjekte, die Produktionsfaktoren in die Wirtschaftsprozesse einbringen, für die sie einen Ertrag erhalten, bestrebt, ihren Nutzen (Gewinn) zu maximieren. Da sie über den Preis nicht bestimmen könnten, weil dieser durch die Konkurrenz auf den Märkten bestimmt werde, könnten sie ihren Gewinn nur steigern, indem sie ihre Kosten senkten. Dies könne nur dadurch gelingen, dass sie Arbeit, Boden und Kapital bestmöglich kombinierten.

Der österreichische Ökonom Joseph Alois Schumpeter (1883–1950) teilte die Auffassung nicht, nach der sich in einer freien Marktwirtschaft alles durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes harmonisch entwickle und dass sich die Konkurrenten gegenseitig im Preis unterböten, bis dieser knapp über dem Niveau der Herstellungskosten zum Stehen käme. In Wirklichkeit

⁵⁶ Im Sinne von bestmöglich.

⁵⁷ Personen, die am Wirtschaftsleben teilhaben.

verlaufe die Anpassung nicht in der von den Theoretikern beschriebenen Weise. Dazu führte er als Beweis den sogenannten „Schweinezyklus“ an: Bei gestiegenen Schweinepreisen seien die Bauern bestrebt, mehr Schweine zu produzieren, weil sie sich wegen der hohen Preise mehr Profit versprechen. Da aber zugleich mehrere Bauern so handelten, komme es zum Zeitpunkt der Schlachtreife plötzlich zu einem vermehrten Angebot an Schweinen, welches die Preise sinken lasse. Da nun weniger Bauern geneigt wären, Schweine zu diesen geringeren Preisen anzubieten, würden sie weniger Schweine aufziehen. Die Folge wären steigende Preise und der Zyklus wiederhole sich, ohne dass je ein Gleichgewicht erzielt worden wäre.

Nach Joseph Schumpeter spielt sich der Wettbewerb in einem fortwährenden Prozess der schöpferischen Zerstörung ab. Jede innovative Neuerung (Schöpfung) vernichte konkurrierende (veraltete) Werte. Zum Beispiel zerstörten⁵⁸ die neuen Fabriken die alten Handwerksbetriebe, die Autos die Pferdewagen, die neuen und effektiveren Maschinen die älteren und ineffektiveren. Dieser Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ sei mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden. Dabei sei eine dazu erforderliche Innovation nicht jede beliebige neue Idee oder Erkenntnis, sondern zu ihr gehöre, dass sie sich am Markt durchzusetzen vermöge. Die Folgen von Innovationen seien:

- Um- und Neubauten in Fabriken (Anpassung an die Innovation),
- der Konkurs und die Neugründung von Unternehmen wegen der elementaren Marktveränderungen, welche Innovationen hervorrufen und
- personelle Veränderungen, da neue Männer das Neue umsetzen wollen.

Der Ursprung des Wohlstandes liegt nach Schumpeter in der Konzentration großen Kapitals bei wenigen großen Konzernen. Diese nämlich seien wegen ihrer Finanzkraft in der Lage, den technischen Fortschritt zu forcieren und effektiv zu rationalisieren. Damit würden zwar kleinere und unrentablere Unternehmen eliminiert, aber Massenprodukte könnten so preisgünstig an den Markt gelangen. Ohne eine langfristige Planung sei das jedoch nicht möglich. Indem langfristig planende und zentral gelenkte Monopole offenbar für Wohlstand sorgten, sei nicht auszuschließen, dass eine total geplante Wirtschaft den Menschen noch mehr Wohlstand bringen könne.

⁵⁸ In dem Sinne, dass sie andere aus dem Markt drängen.

Schumpeter glaubte ferner, der Kapitalismus scheitere nicht durch seine Mängel, sondern durch seinen Erfolg. Der Kapitalismus nämlich sei notwendig ungerecht, weil in ihm die Ungleichverteilung des Einkommens und der Arbeit nicht zu verhindern sei. Auf Dauer würde dieses Ungleichgewicht nicht hingenommen werden. Es bestehe eine Leistung des Kapitalismus darin, einen großen „Erziehungsapparat“ (Universitäten, Schulen usw.) finanziert zu haben, aus dem kritische und unzufriedene Intellektuelle hervorgingen.

Dass das Preisbildungsgesetz von Angebot und Nachfrage der Realität nicht entspreche, war die Auffassung des kanadischen Wirtschaftsnobelpreisträgers John Kenneth Galbraith (1908–2006); denn die reale Wirklichkeit werde von Konzernen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden bestimmt. So seien in Amerika einige hundert Riesenunternehmen für die Hälfte aller Wirtschaftsaktivitäten verantwortlich. Von einem freien Wettbewerb könne keine Rede sein – und damit folglich auch nicht von einer freien Preisbildung. Ferner wachse mit dem Vermögen auch der Egoismus des einzelnen.

M) DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Man schrieb das Jahr 1942. Das Hitlerregime saß noch fest im Sattel. Der Auftrag hatte etwas Konspiratives und war in dieser Situation äußerst gefährlich – die Entdeckung hätte die sofortige Liquidierung der Beteiligten zur Folge gehabt. Die Professoren sollten für eine oppositionelle Bewegung in einer Denkschrift ein Deutschland nach Hitler skizzieren. Darin hätte auch eine zukünftige Wirtschaftspolitik dargelegt werden sollen. Doch eine Veröffentlichung unterblieb. Die Professoren – unter ihnen der Nationalökonom Walter Eucken (1891–1950), Professor der Freiburger Universität – fürchteten eine Enttarnung durch die Gestapo. Doch die geleistete Arbeit war nicht vergebens. Die grundlegenden Gedanken regten den späteren Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897–1977), Alfred Müller-Armack (1901–1978), Wilhelm Röpke (1899–1966) und Alexander Rüstow (1885–

1963) zu einer neuen Wirtschaftsordnung an, die unter dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ Weltgeltung erlangen sollte.

Es galt aus den Erfahrungen der Liberalen Schule, der Arbeitslosigkeit und Depression im 19. Jahrhundert und dem planwirtschaftlich ausgelegten NS-System Schlüsse zu ziehen. Demnach erschien es dringend erforderlich, einerseits die starre Allmacht des Staates zu brechen, um dem Wunsch nach freier Entfaltung Raum zu geben und andererseits der Liberalität Zügel anzulegen, um Kartelle und Machtmonopole zu verhindern.

Das erste Grundprinzip war es, den Egoismus des einzelnen der Gemeinschaft nützlich zu machen. Dafür waren nach Auffassung der Schöpfer bestimmte Bedingungen einzuhalten:

1. Der Marktzugang müsse frei für alle und der Markt selbst transparent sein.
2. Der Wettbewerb müsse fair sein – vergleichbar einem sportlichen Wettbewerb, bei dem nicht der Stärkere, sondern der Bessere siegt.
3. Leistung müsse sich lohnen, damit die Bereitschaft, sie zu erbringen, geweckt werde und erhalten bleibe.
4. Eigentum sei zu schützen.
5. Allein ein frei sich bildender Preis solle Angebot und Nachfrage regeln.
6. Der Staat habe die Aufgabe, einen transparenten, vollkommenen und freien Markt zu gewährleisten. Wo dies nicht möglich sei, müsse er dafür Sorge tragen und kein anderes Ergebnis zulassen als jenes, welches sich durch einen freien Wettbewerb ergeben hätte.

Zu den erstgenannten Prinzipien gehört das Verbot jedweder Art einseitiger Vorteilmahme, wie dies etwa durch Subventionen, Marktabsprachen (Kartelle) oder überragende Marktmacht (Monopole) möglich wäre. Ludwig Erhard sagte u. a. bezüglich der Subventionen explizit: „Wo sind die objektiven Kriterien, nach welchen wer entscheidet, nach welchen objektiven Kriterien wem welche Vergünstigungen gewährt werden, wem sie vorenthalten werden und von wem sie zu zahlen sind?“⁵⁹

Zudem habe der Gesetzgeber dem Problem der wirtschaftlichen Macht seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Wettbewerb und die durch ihn bedingte Leistungssteigerung und Fortschrittsförderung müssten durch

⁵⁹ Erhard, Ludwig: „Wohlstand für Alle“, Bearbeitet von Wolfram Langer. Neuausgabe. Düsseldorf, Econ, 1997.

staatliche Ordnungsmaßnahmen sichergestellt und gegenüber den Störungselementen abgeschirmt werden. Nach Erhards Meinung beinhaltet die soziale Marktwirtschaft nicht die Freiheit der Unternehmer, durch Kartellabmachungen die Konkurrenz auszuschalten, sondern im Gegenteil die Verpflichtung, sich durch eigene Leistung im Wettbewerb mit den Konkurrenten die Gunst der Verbraucher zu verdienen.

Obwohl nach Auffassung der Schöpfer eine solche Wirtschaftsordnung a priori sozial sein würde, da der freie Wettbewerb eine Vielzahl von Produkten und günstige Preise garantiere, sei es gleichwohl denkbar, dass einige Verbraucher den Anforderungen des Marktes nicht entsprechen könnten, wenn sie beispielsweise krank wären. Ihnen galt es eine soziale Absicherung zu schaffen: Die Leistungsfähigkeit der einen sollte andere nicht ins Abseits drängen. Darin, in der sozialen Absicherung der Leistungsschwachen⁶⁰, bestand das zweite Grundprinzip der neuen Wirtschaftsordnung.

N) DIE VERHALTENSÖKONOMIK UND WEITERE DENKANSÄTZE

DIE VERHALTENSÖKONOMIK (BEHAVIORAL ECONOMICS)

Zwar verwies Adam Smith in seiner Schrift *The Theory of Moral Sentiments* auf die psychologischen Aspekte der Nützlichkeit, doch als versucht wurde, die ökonomische Wissenschaft als eine Naturwissenschaft zu etablieren, wurden psychologische Momente zunächst trotz Jeremy Bentham, Francis Edgeworth, Vilfredo Pareto, Irving Fischer und John Maynard Keynes zunehmend von der klassischen Modellvorstellung des Homo oeconomicus⁶¹ verdrängt.

Die Rationalisten der 1940er Jahre fanden in den 1970er Jahren Eingang in die Politik der USA und Großbritanniens. Ihnen gelang es aber nicht, beispielsweise den Börsencrash im Oktober 1987 zu erklären. Um diesem

60 Unter Leistungsschwachen sind solche Personen zu verstehen, die den Anforderungen des Wirtschaftslebens nicht gewachsen sind (zum Beispiel wegen Krankheit, Minderbegabung oder Behinderung).

61 Siehe Teil A, Kap. F.

Manko und anderen Schwächen abzuhelpfen, wurden Erklärungsmuster aus der psychologischen Forschung in das wirtschaftswissenschaftliche Denken implementiert. Dazu gehörte auch die kognitive Dissonanz, also die Verdrängung jener Informationen, die nicht in das eigene Weltbild passen.

Die Anerkennung der Behavioral Finance und Economics erfolgte spätestens durch den Aufsatz *Prospect theory: Decision Making under Risk* von Daniel Kahneman (*1934) und Amos Tversky (1937–1996) im Jahre 1979. Dem Modell des Homo oeconomicus, welches unterstellt, dass sich die Wirtschaft an rationalen Erwartungen ausrichtet und vernunftgemäß handelt, stellten die Wirtschaftsnobelpreisträger den Homo irrationalis gegenüber. Der Mensch sei demnach leidenschaftlich, altruistisch, eifersüchtig, leicht verführbar, fehlerhaft und in seinen Entscheidungen widersprüchlich.

Die Verhaltensökonomie versucht Anomalien (im Sinne eines Homo oeconomicus) an Einzelbeispielen zu erklären und hat viele interessante Einzelergebnisse hervorgebracht, ohne jedoch dabei einen in sich geschlossenen allgemeingültigen Ansatz formuliert zu haben.

Es wurden unter anderem Experimente durchgeführt, welche bestimmte Marktsituationen (Auktionen, Börsenhandel) simulieren sollten, um Auswirkungen einzelner Eigenschaften auf das ökonomische Verhalten, wie beispielsweise die Voreingenommenheit, zu untersuchen.

So glaubt man herausgefunden zu haben, dass die Wahrscheinlichkeiten, einen Gewinn oder Verlust zu erwarten, verschieden hoch eingeschätzt würden. Die Abneigung gegenüber einem Verlust⁶² sei größer als der Reiz eines Gewinnes. Dies erkläre, weshalb Anleger Gewinne, zum Beispiel Aktienkurssteigerungen, schneller realisieren als Verluste.

Verluste würden als schwerwiegender empfunden als Gewinne in gleicher Höhe: Taxifahrer in New York beenden vorzeitig ihre Arbeit, sobald sie ihr gesetztes Tagesziel erreicht haben. Sie arbeiten also an geschäftsträchtigen Tagen weniger lang als an geschäftlich ungünstigeren Tagen. Das ist ineffektiv. Kahnemans Erklärung gemäß seiner prospect theory: Das gesetzte Tagesziel nicht zu erreichen, würde als schwerwiegender Verlust empfunden, weswegen der Taxifahrer mehr Zeit aufwende, diesen zu vermeiden. Sei das (Tages-)Ziel jedoch frühzeitig erreicht, so fehle der Anreiz, mit der

62 Benartzi, Shlomo / Thaler, Richard H.: „Myopic Loss Aversion and the Equity Premium Puzzle“, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 110, No. 1; 1995.

Arbeit fortzufahren. Wenn das Taxifahren also besonders lukrativ ist, arbeite der Taxifahrer weniger als zu Zeiten, in denen es sich weniger lohne.

Üblicherweise würde erwartet werden können, dass eine Straßensperre zu einer Verdichtung des Verkehrs in der Umgebung führt und eine zusätzliche Straße den Verkehrsfluss befördert. Das Braess-Paradoxon⁶³ beschreibt die vorgekommene gegensätzliche Tatsache, dass bei einer zusätzlichen (gesperrten) Straße vermehrt (weniger) Verkehrsstaus auftreten können. Ein analoger Fall ist in der Physik beschrieben von Joel E. Cohen und Paul Horowitz.⁶⁴

Das Edgeworth-Steuerparadoxon besagt, dass auf einem Monopolmarkt die Einführung absatzmengenproportionaler Steuern auf ein Produkt zu einer Senkung aller optimalen Preise nachfrageverwandter Produkte führen kann. Edgeworth führt dazu folgendes Beispiel an⁶⁵: Wird eine Steuer auf Fahrten 1. Klasse erhoben, so wird sie als Preiserhöhung an die Fahrgäste weitergegeben. Aufgrund der veränderten Preiskonstellation wird die Nachfrage nach Fahrscheinen der 2. und 3. Klasse steigen. Durch die erhöhte Nachfrage wird die Bahngesellschaft ihr Angebot in diesen Klassen ausweiten. Schließlich wird daher die Nachfrage nach Fahrten der 1. Klasse so weit zurückgehen, dass die Bahngesellschaft – trotz der weiterhin erhobenen Steuer – zu einer erheblichen Preissenkung gezwungen ist, um genügend Nachfrage für die 1. Klasse zu erhalten.

DIE SPIELTHEORIE

Wie der Name Spieltheorie vermuten lässt, lagen die Anfänge dieser Theorie in der Analyse des Verhaltens der Teilnehmer von Gesellschaftsspielen wie Mühle, Dame oder Schach. Dabei versuche – so die Theorie – jeder Spieler die Entscheidung der Mitspieler vorausszusehen und in seinen Entscheidungen dergestalt zu berücksichtigen, dass er sein persönliches Ziel erreicht.

63 Siehe Teil C, Kap. 7.

64 Cohen, Joel E. / Horowitz, Paul: „Paradoxical behaviour of mechanical and electrical networks“ <http://www.nature.com/nature/journal/v352/n6337/abs/352699a0.html> (geladen am 03.06.2016), Nature 352, S 699-701, 22. August 1991; doi:10.1038/352699a0

65 Zimmermann, Gebhard: „Das Edgeworth-Steuerparadoxon“, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium: WiSt; Zeitschrift für Studium und Forschung 7 (1978), Heft 1 (Januar), S. 26.

Unter Zuhilfenahme mathematischer und kybernetischer Techniken soll das Entscheidungsverhalten auf ökonomische Belange übertragen und in Modellen wiedergegeben werden. Danach würde ein „Spieler“ (= Marktteilnehmer) die für ihn jeweils beste Entscheidung (den Spielzug) wählen. Dabei wird angenommen, dass der einzelne Spieler rational handelt, vollständig informiert ist, ihm die Wahrscheinlichkeiten bekannt sind und die Fehlerwahrscheinlichkeit klein ist. Mit diesen Bedingungen ließen sich Modelle⁶⁶ entwickeln, die Aufschluss über das Entscheidungsverhalten der Marktteilnehmer zuließen. Selten versuchte man den Spielausgang für die Fälle vorauszusagen, in denen nicht (nur) rational gehandelt wird.⁶⁷

Als ein Beispiel für die Spieltheorie sei die Hirschjagd genannt, die auf Jean-Jacques Rousseau zurückgeht⁶⁸: Zwei Jäger jagen normalerweise je einen Hasen am Tag. Nun verabreden sie, gemeinsam einen Hirsch zu erlegen und zu teilen, wodurch jeder für sich alleine mehr bekommen würde. Während der Jagd läuft einem der beiden Jäger ein Hase vor die Flinte. Er steht nun vor einem Dilemma: Erlegt er den Hasen, so hat er zwar einen sicheren „Gewinn“ bisheriger Höhe, vergibt damit aber die Chance auf das gemeinsame Erlegen eines Hirsches und damit auf einen größeren Gewinn. Erlegt er den Hasen nicht, aber der andere Jäger tut es, so hat er keinen Gewinn, denn einen Hirsch müssen sie gemeinsam jagen.

Ein weiteres Dilemma, bekannt unter dem Begriff Gefangenendilemma, beschreibt folgendes Spiel: Zwei Gefangene werden verdächtigt, gemeinsam eine Straftat begangen zu haben. Gesteht einer die Straftat und belastet den anderen, so kommt er als Kronzeuge straffrei davon, während der andere fünf Jahre einsitzen muss. Gestehen beide die Tat, so beträgt ihr Strafmaß vier Jahre, schweigen beide, so kommt es zu einem Indizienprozess und beide erhalten zwei Jahre Strafe. Die Gefangenen haben keine Gelegenheit, ihre Strategien miteinander zu besprechen und werden getrennt befragt.

66 Mathematische Modelle bedürfen insbesondere der Berechenbarkeit, wozu Rationalität und Transparenz (vollständige Information) erforderlich sind. Dazu müssen die subjektiven Erwartungshaltungen ebenso wie Wahrscheinlichkeiten quantifizierbar sein. Zudem ist eine kausale Begründung zu geben, um Scheinabhängigkeiten aufdecken zu können.

67 Wichtige Beiträge lieferten u. a. Cournot (1801–1877), Francis Ysidro Edgeworth (1845–1926), Émile Borel (1871–1956), János von Neumann (1903–1957) und Oskar Morgenstern (1902–1977), John C. Harsanyi (1920–2000), John F. Nash (1928–2015) und Reinhard Selten (1930–2016).

68 Rousseau, J : « Discours sur l' Origine et les Fondements de l' Intégralité parmi les Hommes », in http://un2sg4.unige.ch/athena/rousseau/jjr_ineg.html (geladen am 06.06.2018).

Das Ergebnis für den einzelnen hängt also nicht nur von ihm selbst ab, sondern auch von dem Verhalten des anderen.

Es kann zu folgenden Ergebnissen kommen:

- Belohnung für einseitigen Verrat (Freiheit),
- Belohnung für Kooperation beider Gefangenen (nur zwei Jahre Strafe),
- Bestrafung für gegenseitigen Verrat (vier Jahre Strafe),
- Bestrafung für Vertrauen, das einseitig durch Verrat gebrochen wurde (5 Jahre Strafe).

Da eine Absprache nicht möglich ist und keiner sicher weiß, wie sich der andere verhalten wird, provoziert die Situation einen einseitigen Verrat/Geständnis, bei dem der Verräter das für ihn beste Resultat erreicht: Freispruch, wenn der Mitgefangene schweigt, oder vier statt fünf Jahre, wenn der Mitgefangene auch gesteht. Das gesamte Strafmaß wäre am geringsten, wenn beide kooperierten, indem sie schwiegen. Beim wiederholten Spiel des Gefangenendilemmas kann aus vorhergehenden Schritten gelernt werden: Entweder, dass man dem anderen nicht/nie trauen kann oder dass das wechselseitige Vertrauen wächst.

Allgemein bekannt ist auch das Ultimatumspiel⁶⁹ und seine Variation⁷⁰.

O) WEITERE DENKANSÄTZE

John Gustav Knut Wicksell (1851–1926) wandte Smiths Mechanismus vom natürlichen Preis⁷¹ und dem Marktpreis⁷² auf den Preis für Geld, den Zins, an und bezeichnete das als Wicksell-Effekt: Er unterscheidet dabei zwischen einem Marktzins und einem natürlichen Zins. Der natürliche Zins sei das Grenzprodukt⁷³ des Kapitals und der Marktzins der Kreditzins auf dem Kapitalmarkt. Unterstelle man nun eine autonome Geldmengenerhöhung der Zentralbank, komme es zu folgenden Effekten:

69 Siehe Teil B, Kap. 2.1.1., IV: Mindestmaß an Fairness.

70 S. Teil D, Kap. 5.

71 Als Durchschnittskosten vorstellbar.

72 Gebildet aus Angebot und Nachfrage; vgl. Teil B, Kap. 5.1.

73 Grenzprodukt: Zunahme der Produktion, wenn ein Faktor oder das Einsatzniveau um eine Einheit erhöht wird. Grenzprodukt des Kapitals ist die Vermehrung des Kapitalertrages, wenn eine Kapitaleinheit mehr eingesetzt wird.

1. Das Kreditangebot steige und der Marktzins sinke.
2. Unterstelle man einen zunächst konstanten natürlichen Zins⁷⁴, so steige die Kreditnachfrage, da die Kosten des Kredites (Marktzins) niedriger seien als der Nettoertrag der Investition (natürlicher Zins).
3. Mit der Ausweitung der Investitionstätigkeit sinke der natürliche Zins, da nun auch weniger ertragreiche Investitionen durchgeführt würden.
4. Die Investitionen würden so lange ausgeweitet, bis sich natürlicher und Marktzins wieder angeglichen hätten.
5. Durch die erhöhte Kreditnachfrage steige aber auch der Marktzins, was der vorhergehenden Senkung entgegenwirke. Übersteige der Marktzins den natürlichen Zins, so bestehe kein Anreiz zur Ausweitung der Investitionen.

Nach Wicksells Meinung müssten alle Arbeitnehmer zu ihrem Grenzprodukt⁷⁵ entlohnt werden, auch wenn dieses unter dem Existenzminimum liege. Die Differenz solle aus steuerfinanzierten „Wohltätigkeitsfonds“ bezahlt werden. Diese Überlegung beinhaltet den in neuerer Zeit wieder diskutierten Ansatz einer negativen Einkommenssteuer, bei dem der Staat seinen Bürgern einen Sockelbetrag zahlt. Er meinte, Mindestlöhne könnten zu Fehlallokationen⁷⁶ führen, was zu einer Abweichung vom „Optimum Optimum“ führe.

Es war wahrscheinlich Jan Tinbergen (1903–1994), der mit seinem im Jahre 1936 veröffentlichten Hauptwerk *Statistical Testing of Business-Cycle Theories* die quantitative Analyse in der Ökonomie einführte. Zu den beschreibenden kamen nun berechnende Elemente hinzu. Er erkannte durchaus die Grenzen solcher Verfahren. Die Tinbergen-Regeln besagen, dass so viele Instrumente eingesetzt werden müssten, wie Ziele angestrebt würden.

In der Konjunkturtheorie von Friedrich August von Hayek (1899–1992) spielen monetäre Faktoren die entscheidende Rolle: Nur wenn die Geldmenge konstant ist („neutrales“ Geld), verursache sie keine konjunkturellen Störungen, weil nur dann Zinsänderungen Ausdruck der Präferenzen wären, und wenn diese Zinsänderungen Anpassungen der Produktionsstruktur induzierten, so wären sie dann nur Ausdruck der Präferenzänderungen. Sie

74 Nach Wicksell ist der natürliche Zins die Nettorendite einer Investition. Die Wirtschaft befindet sich im Gleichgewicht, wenn Geldmarktzins und Nettorendite gleich sind.

75 Das Grenzprodukt ist jene Leistung, die am freien Markt gerade noch wettbewerbsfähig ist.

76 Fehlallokation: Fehllenkung in diesem Zusammenhang durch unrealistische, d. h. nicht marktkonforme (Lohn-)Preise.

sind aber keine konjunkturellen Störungen. Ist allerdings die Geldmenge nicht konstant, komme es zu Zinsänderungen, die Konjunkturschwankungen, also Störungen, auslösen würden. Induzierten beispielsweise Geldmengenausdehnungen Zinssenkungen, so würde dies die Investitionstätigkeiten anregen und zu einer Verlängerung der durchschnittlichen Produktionsperiode führen, also einen künstlichen Boom auslösen, der jedoch nur so lange anhalten würde, wie das Zinsniveau tief bleibt. Irgendwann aber müssten die Zinsen wieder entsprechend den realwirtschaftlichen Bedingungen steigen, was eine Krise auslöse, da die Produktionsstruktur wieder an die tatsächlichen Verhältnisse angepasst werden müsste (Boom-bust cycle)⁷⁷.

Hayek hielt staatliche Institutionen prinzipiell für unfähig, die Stabilität einer Währung zu gewährleisten, und wollte die Geldversorgung deswegen den Märkten überlassen.

James Tobin (1918–2002) vertrat wie Keynes die Auffassung, eine aktive Schuldenpolitik des Staates und die damit verbundene Einwirkung auf die Nachfrageseite sei für die Wirtschaft als Ganzes von Vorteil. Außerdem dürften die Geld- und Fiskalpolitik nicht voneinander getrennt werden, da die beiden Instrumente nur dann für die Wirtschaft vorteilhaft seien, wenn sie sinnvoll koordiniert würden.

Tobin formulierte das sogenannte Tobinsche q :

$$q = R/rk$$

R := bezeichnet hier die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, d. h. die erwartete Ertragsrate neuer Investitionen (zum Beispiel 9 %).

rk := sei jene Verzinsung, zu denen die privaten Haushalte ihr bestehendes Realkapital zu halten wünschten. (Vereinfacht gesagt: Zu einem Zinssatz rk von z. B. 6 % ist ein Vermögensbesitzer bereit, sein Sparvolumen in der bestehenden Menge zu halten).

Liegt R über rk , erbringt die neue Investition (R) (neues Realkapital) einen höheren Ertrag als bestehendes Realkapital (rk). Über den Markt würde Sparkapital (rk) in Investitionen angelegt, also in Investitionskapital (R) umgewandelt. Dies würde so lange andauern, bis sich rk wieder an R angeglichen habe. Mit zunehmendem Investitionsvolumen sänke nämlich R , da nun auch weniger rentable Investitionen getätigt würden. Bei $R = rk$ entspreche das Kapitalangebot der Kapitalnachfrage, und es komme weder zu einer Auswei-

⁷⁷ Von Hayek, Friedrich August: Prices and Production, London, Routledge, 1931, Vorlesung III.

tung noch zu einer Verringerung des Investitionsvolumens. Mit diesem q ließen sich geld- und fiskalpolitische Impulse sowie deren Wirkungen auf den realwirtschaftlichen Bereich untersuchen. Nach Tobin wirken sich expansive geldpolitische Impulse positiv auf die Investitionstätigkeit aus, da dann q steigt.

Der Ökonom Angus Maddison⁷⁸ stellte fest, dass gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP) von 1870 bis 1979 in den repräsentativen Industrieländern ein Wachstum von 690 % (England) bis 2580 % (Japan) stattfand. Wenn nur die Leistungen der Maschinen berücksichtigt würden, so wäre das Wachstum noch ungleich höher. Die Ford Motor Company konnte zu Beginn des 20. Jahrhunderts binnen eines Jahres die Montagedauer für ein Autochassis von 10,5 auf 1,5 Stunden reduzieren. Der Ökonom W. J. Baumol (1922–2017) bemerkte zu dieser Thematik, dass eine derartige Effektivitätssteigerung im „Kulturleben“ nicht möglich sei. Ein Streichquartett einzuüben oder ein Theaterstück auf die Bühne zu bringen, sei in diesem Maße kaum rationalisierbar, weil keine neuen Geräte oder Verfahren zur Verfügung stehen. Die auf den ersten Blick in ökonomischer Hinsicht unbedeutende Arbeit – wen interessiert, ob ein Sinfonieorchester „effektiv“ arbeitet, geht es doch dabei um die Qualität des Kunstgenusses – führte bei näherer Betrachtung zu einem interessanten Schluss: Es gäbe offenbar Bereiche in der Ökonomie, die der Rationalisierungsmöglichkeit weitestgehend entzogen seien (Baumolsche Krankheit). Somit ergäben sich in der Wirtschaft Bereiche, die mehr, und andere, die weniger⁷⁹ von Rationalisierungseffekten profitieren könnten. Die weniger effektiv zu erbringenden Angebote müssten sich demnach auf dem freien Markt derer erwehren, deren Preise sinken und deren Qualität durch Rationalisierung zunehmen können. In der Regel gelinge dies nur durch eine erhöhte Wertschätzung, Preisnachlässe oder indem zusätzliche Nutzen vermittelt würden, zum Beispiel als Image- oder Werbeträger. Das schlage schließlich auf das Lohn- und Gehaltsniveau betreffender Berufe durch. In der Praxis werde zudem durch Markteingriffe (z. B. Subventionen) versucht, eine relative Attraktivität solcher Bereiche zu sichern.

Wie Effektivitätssteigerungen erreichbar seien, schilderte bereits 1776 Adam Smith in seinem Werk *Der Wohlstand der Nationen*. Dort verdeutlichte er die leistungssteigernde Wirkung von Arbeitsteilung und Spezialisierung:

⁷⁸ Maddison, Angus: *Phases of Capitalist Development*, Oxford 1991.

⁷⁹ Dienstleistungen, Journalismus, Pflegeberufe, Ideenfindung etc.

„Der eine Arbeiter zieht den Draht, der andere streckt ihn, ein dritter schneidet ihn ab, ein vierter spitzt ihn zu, ein fünfter schleift das obere Ende, damit der Kopf aufgesetzt werden kann.“ Mit dieser Technik gelang es 10 Arbeitern, 48.000 Nadeln am Tag herzustellen, während – so die Auffassung Smiths – einer, alleine auf sich gestellt, nicht einmal 20 oder gar noch weniger hätte schaffen können.⁸⁰ Eine ähnliche Möglichkeit, die wirtschaftliche Leistung zu steigern, sah David Ricardo in dem „komparativen Kostenvorteil“⁸¹.

Mit dem grenzüberschreitenden Handel überschritt sowohl das ökonomische Denken als auch das Geld nationale Grenzen. Die neu hinzugewonnene Freiheit sollte, so die Befürworter der Globalisierung, für eine ungeahnte Expansion des Welthandels sorgen, für eine größere Vielfalt der Produkte, höhere Effektivität und günstigere Preise – möglich gemacht und angetrieben durch den weltweit belebten Wettbewerb.

Gemäß der Transaktionskosten-Ökonomik von Ronald Harry Coase (1910–2013), sei die Existenzberechtigung von Unternehmen damit zu begründen, dass sich aus der Bündelung und Verminderung von Verträgen die Marktaustauschkosten reduzierten. Den ersparten Marktbenutzungskosten ständen Organisationskosten gegenüber. Eine optimale Unternehmensgröße sei erreicht, so Coase, wenn die Organisationskosten der letzten Transaktion den Marktbenutzungskosten oder den Organisationskosten einer anderen Unternehmung entsprächen (Prinzip der marginalen Substitution). Mit zunehmender Größe spare eine Unternehmung zwar Marktbenutzungskosten ein, müsse jedoch mit der steigenden Zahl von Transaktionen höhere Organisationskosten hinnehmen. Die abnehmenden Erträge des Managements begründet Coase mit Effizienzverlusten, da mit zunehmender Unternehmensgröße die Fehlentscheidungen des Managements wahrscheinlicher werden. Zweitens könnten mit steigender Unternehmensgröße und zunehmender Faktornachfrage die Faktorpreise⁸² steigen.

Nach der Governance-Structure-Theorie von Oliver E. Williamson (*1932) ist die ökonomische Organisation als Vertragsproblem aufzufassen. Verträge aber, die alles umfassend und genau regeln, würden wegen der Kom-

80 Smith, Adam: „Der Wohlstand der Nationen“, Deutscher Taschenbuchverlag München, 9. Aufl. Mai 2001.

81 Siehe Teil D, Kap. 2.3.

82 Faktorpreis, Faktornachfrage: Preis für und Nachfrage nach bestimmten Produktions-Faktoren wie Arbeitskraft, Rohstoffen usw.

plexität sehr hohe Transaktionskosten verursachen und eine hohe Rationalität erfordern. Rationalität und Opportunismus einerseits sowie Komplexität, Unsicherheit und Spezifität andererseits führen zu sogenannten Transaktionskostenproblemen, deren Lösung mit möglichst geringen Kosten zu gewährleisten sei.

Gemäß der Theorie der Interessengruppen versuchen organisierte Gruppen die Willensbildungsprozesse staatlicher Entscheidungsträger zu beeinflussen, meist mit dem Ziel, Vorteile für die Gruppen zu erwirken (Rent Seeking). Dies erfolge, so Williamson, 1. direkt, indem sie selbst als Funktionsträger am Willensbildungsprozess teilnehmen, 2. indirekt dadurch, dass sie ihr Sachwissen bei Gesetzesverfahren in Anhörungs- und Konsultationsverfahren einbringen und durch Kontakte zu Regierungen, Beamten, Parlamentariern und Regierungen (Lobbyismus), und 3. versuchen, mittels ökonomischer Macht auf die Meinungen in der Öffentlichkeit einzuwirken. Die Problematik bestehe allgemein darin, dass sich Interessen, die sich schlecht in Gruppen organisieren ließen, nur schwer Geltung verschaffen (z. B. Verbraucherinteressen) und damit nicht zum Ausgleich der Partikularinteressen beitragen könnten. Die verteilungswirksamen Privilegien behinderten ein marktmäßiges Ausleseverfahren, verzerrten die Allokation und seien schwierig abzubauen, da die Aufhebung von Vergünstigungen politisch unattraktiv sei.⁸³

Mancur Olsen (1932–1998) führt in seiner Logik des kollektiven Handelns (*The Logic of Collective Action*, 1965) aus, dass die Bereitstellung von Kollektivgütern durch eine Gruppe prekär sei, da es für einen einzelnen rational sinnvoller sein könne, sich als sogenannter Trittbrettfahrer zu betätigen. Daraus ergäben sich Probleme für die Organisation von Gruppen. Insbesondere in großen Gruppen, bei denen die Beiträge eines einzelnen Mitgliedes nicht mehr wahrnehmbar sind, sei das Problem des Trittbrettfahrens dauernd virulent, was sogenannte selektive Anreize erfordere, um kollektives Handeln zu ermöglichen. Olsen meinte – im Gegensatz zur Marxschen Auffassung – gezeigt zu haben, dass sich nach rationalen Kriterien die Interessengruppen der Proletarier und der Bourgeoisie nicht verbünden und gemeinsam handeln würden.

⁸³ Gabler: Wirtschaftslexikon, Gabler Verlag, Stichwort Interessentheorie.

Die Krisentheorie von Hyman P. Minsky (1919–1996) zeichnet folgendes Szenarium: In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges unterlägen Wirtschaftsakteure einer zunehmenden Fehleinschätzung der Risiken. Das wirtschaftliche Geschehen gestaltete sich riskanter. Es entwickelte sich eine Gier nach immer höheren Gewinnen, die in immer gewagteren Finanzierungen mündeten. Das Herdenverhalten und der Wettbewerb beförderten die Kreation neuer Finanzprodukte und die Umgehung bestehender Regulierungen. Durch eigentlich unbedeutende Anstöße würden die Kreditgeber plötzlich vorsichtiger mit der Kreditvergabe, wodurch alle – auch solide – Finanzhäuser in Schwierigkeiten geraten. Sie seien gezwungen, auch erstklassige Anlagen zu veräußern, die nun selbst an Wert verlieren. Es drohten Zusammenbrüche.⁸⁴

George A. Akerlof und Robert J. Schiller⁸⁵ weisen erst 2009 auf die nicht-rationalen Aspekte wirtschaftlichen Tuns hin. Richard H. Thaler thematisiert die Verhaltensökonomik⁸⁶ und bekommt für die Begründung der Verhaltensökonomik 2017 den Wirtschaftsnobelpreis. Viel früher wurde die Relativitätsökonomie begründet,⁸⁷ bei der das menschliche Verhalten als dominierende Element thematisiert wurde.

84 Minsky, Hyman P.: „Stabilizing an unstable Economy“, McGraw-Hill Professional, 2008.

85 Akerlof, George A. / Schiller, Robert J.: „Animal Spirits“, Campus, 2009.

86 Thaler, Richard H.: The making of the behavioral economics. Norton, New York [2015], ISBN 978-0-393-08094-0

87 Hollnagel, Bruno: „Wirtschaft ist anders“, Verlag Wissenschaft Praxis, Sternenfels [2000], ISBN 3-89673-59-2 und

Hollnagel, Bruno: „Relativitätsökonomie – die menschlichen Motive wirtschaftlichen Handelns“, WILEY-VCH Verlag GmbH Co. KGaA [2009], ISBN 978-3-327-30429-9

2. RESÜMEE

Die ökonomische Geschichte zeigt sich als fortwährender Pendelschlag in verschiedene – nicht immer gegensätzliche – Richtungen. Mal sind es die Fürstenhäuser, die im Mittelpunkt stehen, mal ist es der Staat, dann sind es Bürger oder Unternehmen. Wurde ein Weg eingeschlagen, so erzeugte eine Kraft schließlich eine Gegenkraft.

Beispielsweise beschwor der Merkantilismus, die Wohlstandsmehrung der Landesherrn, eine Gegenkraft herauf: die Lösung der Wirtschaft von der Staatsgewalt. Die physiokratische und die liberale Schule betrachteten das Wirtschaftsgeschehen als ein Zusammenspiel von Einzelwirtschaften. Sie ließen wissentlich deren zum Teil unkontrolliertes Wachstum und eine Machtanhäufung zu. Einmal bezogen Theorien die Menschen ein, ein anderes Mal nicht. Die zügellose Freiheit, die letztlich „das Recht des Stärkeren“ beförderte, gebar eine Gegenbewegung: „Alle Macht dem Volke.“

Die kommunistische Idee hatte sich in praktischen Experimenten, indem jeder für alle, niemand aber für sich selbst aufzukommen hatte, niemals bewährt. Ihre praktische Umsetzung gelang nur solange, wie noch genügend Kapital vorhanden war und die materiellen Fundamente stabil hielt. Der Grund dafür: Erfüllte, aber nicht verdiente Ansprüche verzehren das Kapital.

Die Änderung eines bestehenden wirtschaftlichen Systems erwirkte oftmals – wenn auch nur für kurze Zeit – Besserung, weil nun hoffnungsfrohe und somit motivierte Kräfte freigesetzt wurden und zur Tat schritten. Kräfte, die zuvor unbeachtet geblieben waren und nun die ausgelaugten oder satten ersetzten. Immer aber war auch in dem neuen System der Keim seiner Auflösung bereits von Beginn an gelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen:

- Freiheit uferte in Ziellosigkeit aus,
- Beschränkung drangsalierte,
- Verlust der Privilegien weckte die Begierde nach Neuem,
- Unvollständiges offenbarte seine Schwächen,
- Sieger erwiesen sich moralisch oder fachlich als ungeeignet,
- Befreite fanden sich plötzlich als Gefangene wieder.

Die Ereignisse zeigen, dass die ökonomischen „Erkenntnisse“ zumeist Kinder ihrer Zeit waren und nur selten weitblickend und das gesamte Geschehen überschauend. Erkenntnisse wurden sowohl wertfrei geschöpft, aber auch aus absichtsvollem, machtpolitischem Kalkül geboren. Statt der Wahrheit auch mal dem Zeitgeist dienend, mal rechtfertigend, mal anklagend, zeigte sich die ökonomische Forschung wenig beständig. Von wissenschaftlicher Objektivität konnte nicht immer die Rede sein. Auch Ökonomen sind Menschen.

Es gab Theoretiker, die im wesentlichen schöpferisch tätig waren, und solche, welche die verschiedenen Theorien verglichen, bewerteten, miteinander zu verknüpfen versuchten, um daraus neue Erkenntnisse zu gewinnen. Erst mit dem Abstand zu den Ereignissen erhellen sich Zusammenhänge, zeichnen sich die wahren Konturen hinter dem Schleier der Vieldeutigkeit ab. Es gab immer triftige Gründe, immer war Logik im Spiel, der Wunsch nach Besserem oder Macht. Und jedes Mal ist im Lichte historischer Erkenntnis neben dem Richtigen auch der Mangel offensichtlich, das Scheitern zwingend gewesen, weil sich schließlich die Unvollkommenheit der Menschen in ihren Systemen wiederfinden muss.

Die klassischen ökonomischen Rezepte und Theorien widersprechen sich oftmals. Wo zum Beispiel die einen überzeugt davon sind, dass zur Überwindung wirtschaftlicher Schwächephasen der Staat an die Stelle der Unternehmen treten und selbst investieren müsse, um die Wirtschaft anzustoßen, opponieren die anderen vehement; denn dies sei ein dirigistischer Eingriff in das Wirtschaftssystem, der verhindere, dass die Wirtschaft durch ihre inneren Gesetze zu einem Gleichgewicht zurückfinde. Staatliche Eingriffe blockierten die Selbstheilungsprozesse eher, als dass sie zur Gesundung der Wirtschaft beitragen, meinen sie. Beide ökonomischen Schulen vermögen ihre Meinungen sehr wohl zu begründen und trotzdem widersprechen sie sich. Sie erweisen sich als miteinander unvereinbar, beweisen sich ihre Mängel gegenseitig selbst. Das ist für die Theorie äußerst unbefriedigend und für die Praxis wenig hilfreich, denn sie bieten keine sicheren Orientierungen. Hier sind also offenbar Lücken zu schließen.

Auch suchte sich die ökonomische Forschung manche Nische, um ihr Dasein zu rechtfertigen, was nicht immer gelang. Als zum Beispiel im Jahre 1997 der Wirtschaftsnobelpreis an Robert C. Merton und Myron S. Scholes vergeben wurde, sagte ein Redner in seiner Laudatio: „Sie haben den Menschen ein Instrument gegeben, mit dem das Risiko rationaler gehandhabt werden

kann.“ Gemeint war das Risiko mit Aktienoptionen und anderen Finanzderivaten. Mit dem Black-Scholes-Modell sollte es gelungen sein, komplexe mathematische Zusammenhänge in praxisnahe Anwendungen zu übersetzen.⁸⁸ Die sichere Spekulation schien geboren und sollte die zuverlässige und zugleich unbegrenzte Mehrung des Reichtums an der Börse ermöglichen. Das LTCM (Long-term Capital Management), welches nach dem Black-Scholes-Modell und unter der Aufsicht der Entdecker arbeitete, versagte – LTCM ging in den Konkurs.

In der Nachschau lässt sich über das eine oder andere schmunzeln. Doch seien wir nicht überheblich. Auch einige der heutigen wirtschaftswissenschaftlichen „Erkenntnisse“, so modern, fortschrittlich und klug sie uns auch erscheinen mögen, werden unseren Nachfahren eines Tages allenfalls ein mitleidiges Lächeln entlocken.

Selbst die Postamente namhafter Ökonomen erweisen sich als brüchig. Ihre Gedankengebäude zeigen im Lichte kritischer Analysen Risse, die nur notdürftig mit Hilfe von einschränkenden Bedingungen und Ausnahmeregeln kaschiert werden können. Dieser Umstand weckt Fragen, die zu einem Überdenken der Ökonomie und ihrer geistigen Grundlagen herausfordern. Dieser Aufgabe widmet sich die nun folgende ökonomische Denkweise der Relativitätsökonomie.

Vieles kann dem Leser „irgendwie bekannt“ vorkommen. Solche Déjà-vus mag der geneigte Leser als Bestätigung der Richtigkeit des vorgestellten Ansatzes werten.

⁸⁸ Finanz und Wirtschaft, Samstag, 26.09.98, Nr. 74, S. 16.

3. ANHANG

INDEX

- Abstinenztheorie 29
Äquivalenzprinzip 6
Arbeit 28
Arbeitslosigkeit 24, 30, 31, 45
Arbeitslosigkeit, natürliche 51
Arbeitsteilung 26, 65
Arbeitszeit, natürliche 39
Argonson, René Louis d' 21
Aristoteles 4
Autarkie 6
Baumolsche Krankheit 65
Beamtenapparat 11
Becker, Gary Stanley 17
BEHAVIORAL ECONOMICS 58
Behavioral Finance 59
besoldete Klasse 22
Bevölkerungstheorie 38
Bodenrente 29, 36
Boom-bust cycle 64
Braess-Paradoxon 60
Brauchbarkeit 24
Brauchbarkeit einer Ware 30
Calvin, Johannes 7, 8
Coase, Ronald 66
Cobden, Richard 34
Colbert, Jean-Baptiste 12
Colbertismus 11
Crowding-out-Hypothese 50
Darlehen 7
Differentialrente 36
disponible Klasse 22
Duesnay 22
Eck, Dr. 7
Edgeworth-Box 16
Edgeworth-Steuerparadoxon 60
Effektivitätssteigerung 65
ehernes Lohngesetz 28
Einkommen 31
Einkommenshypothese,
 permanente 49
Erhard, Ludwig 57
Existenzminimum-Theorie 31
Fischer-Formel 50
Folier, Charles 40
Galbraith, John Kenneth 56
Gefangenendilemma 61
Geld 19
Geld, 63
Geldillusion 51
Geldtheorie, quantitative 30, 37
Gesell, Silvio 25
Gesetz der Bedürfnissättigung, 1.
 Gossensches Gesetz 52
Gesetz des abnehmenden
 Grenznutzens 52
Gesetz vom abnehmenden
 Grenzertrag 53
Gesetz vom Ausgleich der
 Grenznutzen, 2. Gossensches
 Gesetz 53
Gesetz vom Ausgleich der
 Profitraten 27
Gesetz von Angebot und Nachfrage
 27

- Gesetz zum tendenziellen
 Ausgleich der Zahlungsbilanz
 19
 Giffen, Robert 28
 Giffen-Paradoxon 28
 Gleichförmigkeitsthese 20
 Gossen, H. H. 52
 Governance-Structure-Theorie 66
 Grenznutzentheorie 52
 Hand, unsichtbare des Marktes 54
 Handel 27
 Hieronymus, der hl. 5
 Hilferding, Rudolf 41
 Hirschjagd 61
 Homo irrationalis 59
 Homo oeconomicus 33
 Hume, David 19
 Hutcheson, Francis 13
 Jevons, William Stanley 52
 Kahneman, Daniel 59
 Kaldor-Hicks-Kriterium 16
 Kameralismus 11
 kanonisches Recht 7
 Kapital 28
 Kapital, fixes 31
 Kapital, zirkulierendes 31
 Klassen der Arbeit 22
 kognitive Dissonanz 59
 Konsumkredite 6
 Kosten-Nutzen-Analyse 16
 Kostenvorteil, komparativer 32
 Kredite 6
 Krisentheorie 68
 Law, John 20
 Lehrsatz vom allgemeinen
 Gleichgewicht 29, 31
 Leichtfertigkeit der Geldausgabe
 49
 Leontief, Wassily 19
 Liberale Schule 26
 Liquiditätsfalle 47
 List, Friedrich 44
 Locke, John 22
 Logik des kollektiven Handelns 67
 Lohn 40
 Lohnfondstheorie 31
 Lohngesetz, ehernes 31
 Lohn-Preis-Spirale 51
 LTCM 71
 Luther 7
 Malthus, Thomas Robert 38
 Manchestertum 34
 Marshall, Alfred 14, 53
 Marx, Karl 40
 Mehrwerttheorie 40
 Merkantilismus 11
 Merton, Robert C. 70
 Minsky, Human P. 68
 Mirabeau, Riqueti Marquis de 22
 Monetaristen 37
 Monopolstruktur 6
 Morus, Thomas 39
 Multiplikator-Effekt 46
 Nachtwächterstaat 34, 49
 nationales System 44
 Nutzen 13
 Nutzentheorie 16
 Nutzenwertpräferenzordnung 17
 Nutzwertanalyse 16
 Olsen, Mancur 67
 Owen, Robert 39
 Pareto, Alfredo 15
 Pareto-Optimum 15
 Phillips, Alban William 50
 Phillips-Kurve 50
 physiokratische Schule 22

- Pigou, Arthur Cecile 14, 47
Pigou-Effekt 47
Pigou-Steuer 48
Präferenzanalyse 16
Preis 5, 15, 19, 24, 31, 36, 53
Preis, natürlicher 28
Preisbildungsgesetz 27
Preise 50
Preis-Lohn-Spirale 51
Produktionsfaktor Talent 40
Produktionsfaktoren 30
produktive Klasse 22
prospect theory 59
Prozess der schöpferischen
 Zerstörung 55
psychologisches Gesetz 46
Rationalisierungseffekt 65
Rawlssches Maximin-Kriterium 15
Realkasseneffekt 47
Rent Seeking 67
Ricardo, David 30, 66
Say, Jean Baptiste 24, 29
Saysches Theorem 24
Scholes, Myron S. 70
Schumpeter, J. Alois 54
Schutzzollsystem 34
Schweinezyklus 55
Secondat, Charles de 21
Sensitivitätsanalyse 17
Smith, Adam 26, 65
Spezialisierung 26, 32, 65
Spieltheorie 60
Staatsaufgaben 21
staatsmonopolistischer
 Kapitalismus 43
Stamokap 43
Steuerverpachtungssystem 12, 23
Sucharbeitslosigkeit 51
Theorie der Interessengruppen 67
Thomas von Aquino 6
Tinbergen, Jan 63
Tobinsches q 64
Transaktionskosten-Ökonomik 66
Triebe der Menschen 40
Turgot, Robert Jacques 23
Tversky, Amos 59
Utilitarismus 13
von Hayek, Friedrich August 63
Walras, Léon 54
Walras, Marie Esprit Léon 52
Weber, Max 9
Wicksell, John G. K. 62
Wicksell-Effekt 62
Wirtschaftsordnung 6, 25, 57, 58
Wucher 7
Zins 7
Zins, natürlicher 63
Zinsen 46
Zinsmechanismus 46
Zünfte 6, 12
Zwingli 7